

Boss, Alfred; Walter, Norbert

Working Paper — Digitized Version

Zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren

Kiel Working Paper, No. 169

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred; Walter, Norbert (1983) : Zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren, Kiel Working Paper, No. 169, Kiel Institute of World Economics (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/385>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kieler Arbeitspapiere Kiel Working Papers

Arbeitspapier Nr. 169

Zur wirtschaftlichen Entwicklung
in der Bundesrepublik Deutschland
in den achtziger Jahren

von

Alfred | Boss und Norbert Walter

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

ISSN 0342 - 0787

Institut für Weltwirtschaft
2300 Kiel, Düsternbrooker Weg 120

Arbeitspapier Nr. 169

Zur wirtschaftlichen Entwicklung
in der Bundesrepublik Deutschland
in den achtziger Jahren

von

Alfred | Boss und Norbert Walter

A₉ 718 / 83 Weltwirtschaft
Kf. Kiel

Februar 1983

Mit den Kieler Arbeitspapieren werden Manuskripte, die aus der Arbeit des Instituts für Weltwirtschaft hervorgegangen sind, von den Verfassern möglichen Interessenten in einer vorläufigen Fassung zugänglich gemacht. Für Inhalt und Verteilung sind die Autoren verantwortlich. Es wird gebeten, sich mit Anregungen und Kritik direkt an sie zu wenden und etwaige Zitate aus ihrer Arbeit vorher mit ihnen abzustimmen.

<u>Gliederung</u>	Seite
A. Die Aufgabenstellung	1
B. Methodologische Anmerkungen	2
C. Die Wirtschaftspolitik	3
I. Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen	3
II. Nationale Wirtschaftspolitik	8
a) Geldpolitik	8
b) Finanzpolitik	9
c) Achtziger Jahre: Renaissance der Ordnungspolitik?	12
III. Verhalten der Tarifpartner	14
D. Die wahrscheinliche Entwicklung	15
I. Die gegenwärtige konjunkturelle Lage und die Entwicklung bis Ende 1983	15
II. Mittelfristige Entwicklung	18
a) Bevölkerung und Arbeitskräfteangebot	18
b) Kapitalstock und Produktionspotential	21
c) Bruttosozialprodukt und Inflationsrate	23
d) Bruttosozialprodukt und seine Verwendung	28
e) Beschäftigung und Produktivität	32
f) Einkommensverteilung	37
E. Abschließende Bemerkungen	41

Zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik
Deutschland in den achtziger Jahren

Zusammenfassung in Thesen:

1. Die wirtschaftliche Unsicherheit, die aus Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit und weltweiter Krisenstimmung resultiert, erhöht die Nachfrage nach Prognosen, vor allem nach Prognosen der mittelfristigen wirtschaftlichen Entwicklung.
2. Trotz vieler wirtschaftlicher Schocks und institutioneller Veränderungen sind eine Reihe ökonomischer Regelmäßigkeiten mehr oder weniger konstant geblieben. Daher erscheint es sinnvoll, eine Skizze eines nicht unwahrscheinlichen Verlaufs der wirtschaftlichen Entwicklung für den Rest der achtziger Jahre anzufertigen.
3. Ausgangspunkt für die Analyse ist der ökonomische Fehlstart in die achtziger Jahre: die nachhaltige Investitionsschwäche, der markante Anstieg der Arbeitslosigkeit, die hartnäckige Inflation, der übergroße Staatsanteil und die massiv gestiegene Staatsverschuldung. Ausgangspunkt für die Analyse ist freilich ebenso die Ernüchterung über die Gestaltungsmöglichkeiten des Entwicklungsprozesses durch Globalsteuerung und Strukturpolitik, die Erkenntnis des Schwindens der Geldillusion.
4. Der Renaissance der Ordnungspolitik und allgemein marktwirtschaftlicher Wirtschaftspolitik steht aber der Beharrungswille begünstigter Interessentengruppen ebenso im Wege wie die unzureichende ökonomische Ausbildung der Bürger dieses Landes unter Einschluß seiner Politiker.
5. Eine wirtschaftliche Besserung wird sich in den achtziger Jahren nur mühsam einstellen. Weder bleiben uns das zyklische Auf und Ab erspart, bleiben doch Finanz- und Geldpolitik - wenn auch weniger ausgeprägt als in den siebziger Jahren - bei ihrer Politik des Stop and Go, d.h. dem Bekämpfen des jeweils am meisten verfehlten wirtschaftspolitischen Ziels; noch wird sich die Besserung als

Ergebnis von Einsicht in die Zusammenhänge und antizipierendem Verhalten einstellen. Eine Lohn- und Wirtschaftspolitik, die die Wachstumsschwäche nachhaltiger überwinden und früher zu Vollbeschäftigung zurückführen könnte, werden als ex-ante unzumutbar empfunden. So wird sich eine wirtschaftliche Besserung jeweils erst dann einstellen, nachdem die Krise eingetreten ist.

6. Unter solchen Vorbedingungen, d. h. einem nur zögernden und zeitweise blockierten Einschlagen eines prinzipiell marktwirtschaftlichen Kurses der Lohn- und Wirtschaftspolitik, werden sich die drängenden wirtschaftlichen Probleme nur unzureichend lösen lassen.

Die Belebung des Wirtschaftswachstums auf Raten von rd. 2 1/2 Prozent in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre dürfte erst gegen Ende des Jahrzehnts die Arbeitslosigkeit wieder unter die Zwei-Millionen-Marke drücken. Die Reallohnsteigerungen werden sich lediglich auf rd. 1 vH belaufen. Der Preisanstieg dürfte im Durchschnitt der achtziger Jahre nicht viel niedriger als 4 vH sein.

7. Das skizzierte Szenario für den Rest des Jahrzehnts, so ungünstig es für manchen auf den ersten Blick erscheinen mag, basiert auf einer Reihe wirtschaftspolitischer Korrekturen, die aus heutiger Sicht eher als ambitioniert erscheinen.

So erfordert die in die Prognose eingebaute Verminderung des Staatsanteils eine Reihe gesetzlicher Änderungen bei Leistungsgesetzen (Subventionskürzungen und Korrekturen in der Sozialpolitik). Auch eine nachhaltige Tariflohnzurückhaltung und eine vermehrte Lohndifferenzierung können keineswegs als sicher gelten, sondern erfordern in nicht geringem Maße ein Umdenken der Tarifparteien. Zudem sind externe Schocks vom Ausmaß der beiden Ölpreisexplosionen in der Prognose ausgeschlossen.

A. Die Aufgabenstellung

1. Der Herausforderung, treffsichere gesamtwirtschaftliche Prognosen für die kurze Frist zu erstellen, kann durch die Konzentration der Forschungsarbeit auf die Analyse kurzfristiger Phänomene, insbesondere der Nachfrageentwicklung, nur unzureichend entsprochen werden. Sowohl für das Erkennen von Wendepunkten als auch für das Aufspüren von Trendbrüchen muß auch die längerfristige Entwicklung untersucht werden. Insbesondere ist es wichtig, die auf der Angebotsseite wirkenden Einflüsse und ihre Entwicklung zu erfassen. Wichtig ist aber auch, die Reaktionen der wirtschaftspolitischen Instanzen und der Wirtschaftssubjekte auf zyklische und längerfristige Phänomene einzubeziehen.

2. Zweck einer Analyse, die die wahrscheinliche Wirtschaftspolitik einbezieht, kann es nicht sein, wirtschaftspolitische Empfehlungen abzuleiten, die geeignet wären, bestimmte Fehlentwicklungen zu vermeiden. Vielmehr wird beabsichtigt, eine als wahrscheinlich betrachtete gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu skizzieren, die als Input für jene von Nutzen sein kann, die für ihre einzelwirtschaftliche Planung einen gesamtwirtschaftlichen Rahmen benötigen.

3. Nicht allein deshalb, weil zukünftige Prioritäten nicht bekannt sind, sondern auch deshalb, weil es auch zukünftig unerwartete Schocks geben wird, ist eine Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung in den achtziger Jahren nicht als eine Prognose im üblichen Sinne, d.h. als eine mit einer beträchtlichen Wahrscheinlichkeit eintreffende Entwicklung, zu verstehen. Vielmehr wird lediglich eine den Verfassern konsistent erscheinende, aus dem ökonomischen und gesellschaftspolitischen Umfeld zu Beginn des Jahres 1983 abgeleitete Entwicklung dargestellt. Sie mag als ein Gerüst angesehen werden, das aufgestellt wird, um die Gebäude künftiger, auf die kurze Frist zielender Prognosen ein wenig geschützter zu machen. Sie soll jedoch auch als Gerüst nicht fixiert sein, sondern vielmehr Anstoß für eine Diskussion um die Rahmenbedingungen sein.

4. Die siebziger Jahre waren ein Jahrzehnt der Enttäuschung über die Machbarkeit der Wirtschaftsentwicklung. Die Enttäuschung über die mangelnde Wirksamkeit staatlichen und geldpolitischen Interventionismus in mikroökonomischer und makroökonomischer (zyklischer) Steuerung war umfassend und weltweit. Die intellektuelle Abwendung vom Interventionismus in strukturpolitischer und nachfragesteuernder (keynesianischer) Form war jedoch (noch) nicht begleitet von faktischer interventionistischer Enthaltensamkeit. Neokonservatismus als Modeerscheinung setzt sich im wissenschaftlichen und im wirtschaftspolitisch-programmatischen Bereich mehr und mehr durch. In der Wirtschaftspolitik selbst spielt die neue Philosophie bislang aber nur eine bescheidene Rolle.

5. Weil dies so ist, basiert die Prognose auf einer weltweit weiterhin synchronen Stop-and-go-Politik. Insbesondere die Geld- und Finanzpolitik werden gemäß dieser Annahme auch in den achtziger Jahren ihr Handeln jeweils an dem am meisten verletzten wirtschaftspolitischen Ziel (Preisstabilität, Vollbeschäftigung, Wachstum, Leistungsbilanzgleichgewicht) ausrichten. Dies bedeutet, daß die Wirtschaftspolitiker die existierenden Wirkungsverzögerungen auch weiterhin nicht gebührend berücksichtigen; damit bewirken sie auch künftig ausgeprägte zyklische Schwankungen.

B. Methodologische Anmerkungen

6. "A trend is a trend is a trend
But the question is, will it bend?
Will it alter its course
Through some unforeseen force,
And come to a premature end?"¹

7. Nach einer These von Knut Borchardt ist der Prognosebedarf "dann besonders groß, wenn die tatsächliche Entwicklung anders verläuft, als man allgemein erwartet hat, wenn also neue Erfahrung und alte Erfahrung auseinanderfallen"²; es gilt aber, "daß gerade in den Zeiten intensivster Nachfrage nach Prognosen die Produktionsbedingungen für Prognosen relativ schlecht sind. Denn natürlich kann auch der Prognostiker nicht darauf verzichten, vergangene Erfahrung zu verwerten, d.h. irgendwelche erkundeten Konstanten zur Basis seines Urteils zu machen"³.

8. Wenn der von Borchardt als Prognosedilemma umschriebene Sachverhalt die Realität richtig widerspiegelt, dann besteht gegenwärtig ein hoher Bedarf an Prognosen, vor allem an langfristigen Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung. Es ist aber dann auch klar, daß eine Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahre 1990 mit vielen Vorbehalten und gehöriger Distanz zur Kenntnis genommen werden muß. Genau dies gilt auch für den vorliegenden Beitrag. Als ein grober Ansatz kann er viele Detailkenntnisse nicht oder nur teilweise nutzen, die im Rahmen der Untersuchungen zur Entwicklung der Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik Deutschland gewonnen worden sind⁴.

9. Wie in jeder Prognose werden die Resultate aus bestimmten ökonomischen, aber auch aus z.B. demographischen Gesetzmäßigkeiten (Hypothesen, die sich bewährt haben) und aus bestimmten Anwendungsbedingungen abgeleitet. Beispiele für solche Hypothesen sind der Zusammenhang zwischen Reallohn und Beschäftigung, die Abhängigkeit der Erwerbsneigung der Frauen von der Entwicklung des Reallohnes oder der Einfluß der ausländischen Konjunkturentwicklung und des realen Wechselkurses auf die deutschen Exporte. Freilich sind die verwendeten Hypothesen nicht immer gut empirisch abgesichert. Nur wenige Hypothesen genügen etwa jenen strengen Kriterien, die bei Regressionsanalysen üblicherweise herangezogen werden. Die verwendeten Gesetzmäßigkeiten sind in der Regel weder deterministische noch stochastische Hypothesen, sondern sie genügen nur den Anforderungen einer weniger streng formulierten wissenschaftstheoretischen Position des kritischen Rationalismus⁵. Es werden Abweichungen von den durch die jeweilige Hypothese postulierten Werten zuge-

¹ Limerick, den A. C. Cairncross (Essays in Economic Management, London 1971, S. 139) einem "Stone Age Forecaster" zuschreibt. Zitiert nach Knut Borchardt, Produktions- und Verwertungsbedingungen von Langfristprognosen in historischer Perspektive, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 63. Band, 1979, Heft 1, S. 1-25, hier S. 8.

² Vgl. Borchardt, a.a.O., S. 8.

³ Ebenda, S. 8.

⁴ Vgl. Fels, Gerhard, Schmidt, Klaus-Dieter und Mitarbeiter, Die deutsche Wirtschaft im Strukturwandel, Kieler Studien, Nr. 166, Tübingen 1981.

⁵ Zu dieser wissenschaftstheoretischen Position vgl. Grohmann, Heinz, Statistik im Dienste von Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik - Einige methodologische Betrachtungen zu ihren Zielen und Möglichkeiten, Allgemeines Statistisches Archiv, 60. Band, Heft 3/4 1976, S. 320-356.

lassen, soweit "gute Gründe" für das Auftreten der Abweichungen angeführt werden können.

10. Bei einer Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung bis 1990 sind wohl fast alle interessierenden Variablen als voneinander abhängig zu betrachten. Lediglich die Bevölkerungsentwicklung bis 1990 dürfte weitgehend festliegen; wegen der Wanderungen in die Bundesrepublik sind aber selbst hier Vorbehalte angebracht. Die Interdependenz wird dadurch verstärkt, daß die Geld- und die Finanzpolitik als abhängig von der Preis- und Beschäftigungsentwicklung betrachtet werden. Dennoch setzt der gewählte Ansatz an einer Stelle des interdependenten Systems ein und analysiert Konsequenzen für andere Variablen des Systems. Dabei fließen zwar auch Vorstellungen über andere Variablen ein, es mag aber durchaus sein, daß sich aus einzelnen Bausteinen der Prognose bei der Zusammenfassung "unplausible" Relationen ergeben. In diesem Fall wird eine Revision zuvor festgelegter Abhängigkeiten zwischen einzelnen Variablen vorgenommen. Das beschriebene Vorgehen wird so lange wiederholt, bis Inkonsistenzen nicht mehr auftreten. Während in ökonomischen Mehrgleichungsmodellen die Interdependenzen durch simultane Festlegung der Koeffizienten der einzelnen Variablen in den Gleichungen berücksichtigt werden, läßt sich der hier gewählte Ansatz als ein iteratives Vorgehen kennzeichnen, das Plausibilitätsüberlegungen einbezieht, um der allgemeinen Interdependenz Rechnung zu tragen.

11. Wenn dieser Weg beschritten wird, so ist es sinnvoll, zunächst die relativ stabilen Zusammenhänge aufzuzeigen. Deshalb wird zuerst die Bevölkerungsentwicklung prognostiziert, um dann mit Hilfe schon weniger stabiler Relationen das Arbeitskräfteangebot zu ermitteln; dabei werden die spezifischen Erwerbsquoten als abhängig vom relativen Ertrag der Erwerbstätigkeit im Vergleich zur Freizeit angesehen. Danach werden noch weniger stabile Relationen angewendet, um weitere Ergebnisse abzuleiten. Nach Beendigung eines "Durchlaufs" werden Querverbindungen betrachtet und ggf. Revisionen vorgenommen; dabei werden aber jene "Grundhypothesen", die sich immer wieder bewährt haben, beibehalten, z.B. der mittelfristige Zusammenhang zwischen Geldmengenausweitung und Preisniveaumentwicklung.

C. Die Wirtschaftspolitik

I. Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen¹

12. Ende 1982 hält die Rezession in den westlichen Industrieländern unvermindert an. In den meisten westeuropäischen Ländern hat sich die Talfahrt seit Mitte 1982 wieder beschleunigt, nachdem die Produktion zuvor mehr oder weniger stagniert hatte. In den Vereinigten Staaten sind Nachfrage und Produktion im zweiten Halbjahr 1982 weiter gesunken, wenn auch nicht mehr so scharf wie Anfang 1980 und im Winterhalbjahr 1981/82. Lediglich in Japan stieg die Produktion bis zuletzt - freilich nur wenig - an. Diese Entwicklung ist vor allem für jene enttäuschend, die auf Impulse von Seiten des Staates oder auf endogene Antriebskräfte im privaten Sektor gesetzt hatten. Sie bestätigt vielmehr die Ansicht jener, die wegen der bisher restriktiven Geldpolitik und der verbreiteten Inflexibilität bei Preisen und Löhnen für 1982 noch keine Basis für eine konjunkturelle Wende gesehen hatten.

¹ Zu den Ziffern 14 bis 21 vgl. Ahnefeld, Adolf, Gutierrez-Camara, José L., Scheide, Joachim und Walter, Norbert, Industrieländer: Nur schwache Hoffnung auf wirtschaftliche Besserung 1983, Die Weltwirtschaft, 1982, Heft 2, S. 1-20.

13. Aufgrund der bisherigen Restriktionspolitik von Notenbanken und Regierungen und der aufgestauten Anpassungsprobleme wird erwartet, daß Nachfrage und Produktion in den Industrieländern im Winterhalbjahr 1982/83 weiter sinken werden. Vor allem in den westeuropäischen Ländern hat sich die Auftragslage der Unternehmen so stark verschlechtert, daß weitere Produktionskürzungen wahrscheinlich sind, zumal die Lagerbestände auch zuletzt noch allenthalben als überhöht betrachtet werden. Aber auch in den Vereinigten Staaten und in Japan sinken die Auftragseingänge weiter. Diese Tendenzen sprechen dafür, daß die Kapazitätsauslastung in den meisten Ländern nochmals kräftig fallen wird, und zwar auf ein Niveau, das in der Nachkriegszeit bislang nicht verzeichnet wurde. Parallel dazu wird auch die Arbeitslosigkeit auf neue Höchstmarken steigen.

14. Kann erwartet werden, daß der Abschwung im Frühjahr 1983 endlich den Tiefpunkt erreicht? Optimistisch stimmt, daß in letzter Zeit die geldpolitischen Bremsen in den meisten Ländern gelockert worden sind. Die Geldmenge ist seit dem Sommer 1982 weltweit wieder etwas stärker und damit im Durchschnitt etwa potentialorientiert gestiegen; dies trug dazu bei, daß die Nominalzinsen in letzter Zeit teilweise kräftig gesunken sind. Indes ist keineswegs sicher, daß die Notenbanken künftig für eine stetige Geldmengenexpansion sorgen werden. Dies gilt vor allem für die Vereinigten Staaten. Nachdem hier in den letzten Monaten die Geldmenge stärker als geplant gestiegen ist, sind gewisse Korrekturen nach unten vorgezeichnet. Zwar hat die Notenbank angekündigt, zukünftig kurzfristigen Ausschlägen der Geldmengenexpansion nicht mehr so viel Aufmerksamkeit zu schenken; angesichts der seit einiger Zeit ausgeprägten Empfindlichkeit der Finanzmärkte gegenüber einer inflationären Politik, aber auch wegen grundsätzlicher wirtschaftspolitischer Einsichten, ist aber wohl damit zu rechnen, daß die gegenwärtige überhöhte Expansion der Geldmenge in den Vereinigten Staaten demnächst etwas zurückgenommen wird.

15. Bleibt die Geldpolitik in den Vereinigten Staaten grundsätzlich am Stabilisierungsziel orientiert, so begrenzt dies faktisch auch die Spielräume für eine Expansionspolitik in den anderen Ländern. Eine Abkopplung von der amerikanischen Politik ist auf absehbare Zeit wenig wahrscheinlich, da die Stabilisierungsfortschritte in Westeuropa bislang eher gering sind und die Erfahrung mit expansionistischem Vorpreschen - wie vor allem Frankreich erfahren mußte - ungünstig sind, wird doch ein starker Abwertungsdruck riskiert, der den Stabilisierungsprozeß bei den herrschenden Rigiditäten der inländischen Faktorpreise weiter erschwert. Auch die Reaktion der japanischen Notenbank spiegelt diese Haltung wider: Als der Yen im Sommer 1982 an den Devisenbörsen kräftig abgewertet wurde, wurden auch dort die geldpolitischen Zügel wieder angezogen.

16. Wann und in welchem Ausmaß von der geldpolitischen Auflockerung positive Auftriebsimpulse ausgehen werden, ist schwer zu prognostizieren. Blicke es bei den üblichen Wirkungsverzögerungen, so wäre im Frühsommer 1983 eine konjunkturelle Besserung zu erwarten. Es gibt jedoch eine Reihe von Risiken, die die Erholung weiter hinausschieben, zumindest aber abschwächen könnten. So ist damit zu rechnen, daß nachhaltig sinkende Inflationsraten die Neigung zur Kassenhaltung, die inflationsbedingt über Jahre zurückging, spürbar erhöhen werden, die stärkere Geldmengenexpansion mithin nicht im üblichen Maße nachfrage- und produktionswirksam wird.

17. Den begrenzten monetären Auftriebsimpulsen steht indes eine Reihe retardierender Faktoren gegenüber:

- Der Kreis derjenigen Länder und Unternehmen, die in akute Zahlungsschwierigkeiten geraten, dürfte in letzter Zeit noch größer geworden sein. Als sicher kann gelten, daß viele Entwicklungsländer daraufhin ihre Importe weiter

drosseln werden. Gravierender indes wäre noch, wenn internationale Kreditketten reißen würden, Banken also dazu übergehen würden, ausstehende Kredite zu kündigen, um drohenden Verlusten zu entgehen. Ob eine solche Gefahr tatsächlich abgewendet werden kann, wie sich Bankenvertreter gegenseitig versprechen, ist nicht zuletzt eine Frage der Dimension der Probleme, die sehr schwer abzuschätzen ist. Auf jeden Fall werden die gegenwärtigen Finanzierungsschwierigkeiten noch lange Zeit nachwirken, indem sie Banken veranlassen, bei ihren internationalen Kreditgeschäften in Zukunft vorsichtiger zu disponieren.

- Mit dem weiteren Abgleiten der Kapazitätsauslastung werden auch die protektionistischen Bestrebungen noch an Schwungkraft gewinnen. Dabei ist zu befürchten, daß im Prozeß des gegenseitigen Aufschaukelns zu immer massiveren Handelsbeschränkungen gegriffen wird, da für finanzielle Stützungsmaßnahmen bedrohter Industrien wegen der Finanznöte in den öffentlichen Kassen kaum noch Mittel mobilisiert werden können. Die voranschreitende internationale Desintegration wird einer Erholung der Investitionsneigung der Unternehmen, vor allem jener mit hohen Exportanteilen, noch längere Zeit im Wege stehen.
- Die Defizite in den öffentlichen Haushalten werden in den meisten Ländern noch höher ausfallen als bislang erwartet, liegt doch den Haushaltsplanungen für 1983 zumeist ein wohl zu optimistisches Konjunkturbild zugrunde. Der Druck, daraufhin die Ausgaben zu kürzen und Steuern zu erhöhen, wird allenthalben noch zunehmen. Zwar sind strukturelle Änderungen in den öffentlichen Haushalten unabweisbar und ihrerseits zur Überwindung der Rezession hilfreich. Werden diese jedoch abrupt vorgenommen, worauf bisherige Reaktionen in vielen Ländern hindeuten, so sind auf kurze Frist heftige kontraktive Wirkungen nicht ausgeschlossen. Insgesamt dürften deshalb von der Finanzpolitik 1983 erhebliche restriktive Nachfragewirkungen ausgehen. Dem stehen nur in wenigen Ländern steuerliche Maßnahmen gegenüber, die die private Investitionsneigung nennenswert zu stimulieren versprechen.

18. Um die von Finanzkrisen und Protektionismus ausgehenden retardierenden Wirkungen zu dämpfen, müßten die Zinsen auf den Finanzmärkten - nominal und real - kräftig sinken. Damit ist aber gerade dann nicht zu rechnen, wenn diese Risikofaktoren zum Tragen kommen. Wahrscheinlich ist deshalb, daß Nominal- und Realzinsen trotz schwacher Konjunktur weiterhin nur zögernd fallen werden. Wie stark sie sich noch ermäßigen müssen, damit wieder vermehrt in Sachanlagen investiert wird, ist ungewiß. In den meisten Ländern sind die Gewinnerwartungen aufgrund lohnpolitischer Konflikte und vielfältiger staatlicher Interventionen jedoch noch so stark gedrückt, daß die Zinsen noch deutlich fallen müssen, bevor eine Besserung der Investitionsneigung erwartet werden kann.

19. Bleiben die Verhaltensmuster der wirtschaftspolitischen Instanzen und die wirtschaftlichen Abhängigkeiten so wie in den letzten Jahren, ist es für die Überwindung der Rezession in den Industrieländern entscheidend, daß sich in den Vereinigten Staaten eine Besserung durchsetzt:

- In den Vereinigten Staaten scheinen sich insofern Bedingungen für eine konjunkturelle Besserung zu ergeben, als bei erhöhter Geldmengenexpansion nicht nur der Preisauftrieb merklich nachgelassen hat, sondern auch die Lohnpolitik von spürbarer Zurückhaltung geprägt ist. Gleichwohl dürfte die Wende noch bis zum Sommer 1983 auf sich warten lassen, vor allem weil die Zinsen insgesamt nur nach und nach sinken werden und die privaten Wirtschaftssubjekte sich deshalb bei Investitions- und Finanzierungsentscheidungen noch längere Zeit zurückhalten werden. Bei deutlich ermäßigten Zinssätzen haben die für den Sommer 1983 angekündigten Steuersenkungen größere Chancen, die privaten Ausgaben zu stimulieren.

- In Japan dürften die weltweiten Abschwungskräfte, die bislang nur verzögert spürbar wurden, 1983 noch beträchtlich nachwirken. Vor allem vom Export werden erhebliche retardierende Wirkungen ausgehen, wofür nicht zuletzt die inzwischen erheblichen Handelsbeschränkungen sprechen. Aber auch die Inlandsnachfrage wird eher wieder schwächer expandieren, sind doch die expansiven Anstöße von der Wirtschaftspolitik geringer geworden. Umfragen bei den Unternehmen deuten darauf hin, daß die privaten Investitionen, die sich bislang relativ gut behaupten konnten, bis weit in 1983 hinein zurückgehen werden.
- In den westeuropäischen Ländern insgesamt dürfte die Krisenstimmung in nächster Zeit noch zunehmen, wenn die Produktion nach einer längeren Stag-nationsphase nochmals kräftig sinkt. Dies dürfte über das gesamte Jahr 1983 nachwirken; bei weiter steigender Arbeitslosigkeit wird die Sparneigung hoch bleiben, während eine merklich fallende Kapazitätsauslastung und gedrückte Gewinnerwartungen die Investitionsneigung beeinträchtigen werden. Erst für den späteren Jahresverlauf ist eine konjunkturelle Besserung wahrscheinlich. In Frankreich und Italien ist sogar dies fraglich. Da in diesen Ländern die Stabilisierungsfortschritte immer noch relativ klein sind und ihre Währungen deshalb weiterhin unter erheblichem Abwertungsdruck stehen werden, dürften die wirtschaftspolitischen Restriktionen kaum gelockert werden.

20. Insgesamt sind die Aussichten, daß die westlichen Industrieländer den Abschwung im Verlauf des Jahres 1983 überwinden und eine spürbare konjunktur-
relle Erholung verzeichnen werden, nicht groß. Im Jahresdurchschnitt dürfte
das reale Sozialprodukt kaum nennenswert höher sein als 1982. Für die west-
europäischen Länder ist sogar ein weiterer Rückgang der gesamtwirtschaftli-
chen Produktion wahrscheinlich. Dabei wird sich der Welthandel, der 1982 ver-
mutlich um 1 bis 2 vH niedriger war als 1981, noch nicht nennenswert erholen.

21. Bei weiter sinkender Kapazitätsauslastung wird sich die Inflationsberuhi-
gung 1983 weltweit fortsetzen. Im Jahresdurchschnitt dürften die Verbraucher-
preise in den Industrieländern insgesamt nur noch um etwa 5,5 vH steigen,
nach einem Anstieg von etwa 7,5 vH im Jahre 1982. Auf den meisten Märkten
ist eine solche Abflachung des Preisanstiegs indes kaum schon antizipiert wor-
den, so daß die realen Faktorpreise weiterhin nur nach und nach der Unter-
beschäftigung Rechnung tragen werden. Auch auf den internationalen Rohstoff-
märkten ist noch kein Ende des Preisrückgangs in Sicht, zumal viele Anbieter
versuchen werden, ihre Erlössituation durch verstärkte Produktions- und Ex-
portanstrengungen zu verbessern. Dies gilt auch für die ölproduzierenden Län-
der, so daß die Ölpreise 1983 weiter sinken werden.

22. Die Wirtschaftspolitik im Jahre 1984 und danach dürfte prinzipiell dadurch
gekennzeichnet sein, daß sie weiterhin weltweit synchron betrieben wird - und
zwar in der Weise, daß das wirtschaftspolitische Handeln jeweils an dem am
meisten verfehlten Ziel ausgerichtet wird (Stop-and-go-Politik). Dafür spricht
schon, daß die Märkte zur Formulierung der Wirtschaftspolitik eng miteinander
verwoben sind; diese Verflechtung hat nach der Institutionalisierung der soge-
nannten Wirtschaftsgipfel noch zugenommen. Hingegen wird nicht erwartet, daß
sich neokonservative Strömungen in der Geld-, Finanz- und Ordnungspolitik
entscheidend durchsetzen.

23. Die Erwartung weltweit synchroner Wirtschaftspolitik bedeutet nicht, daß
die Wirtschaftspolitik konvergiert, die Standards für die einzelnen Ziele sich
also annähern oder sogar gleich werden. Vielmehr wird für das gesamte Jahr-
zehnt eine Divergenz der Inflationsraten zwischen der Bundesrepublik Deutsch-
land einerseits und den übrigen Industrieländern andererseits für wahrschein-
lich gehalten, die nur etwas geringer als jene der siebziger Jahre ist.

24. Eine solche Vorstellung impliziert, daß - sollen massive Verwerfungen der internationalen Wettbewerbslage vermieden werden - entsprechende Wechselkursanpassungen erfolgen. Während dem im Verhältnis zu Nicht-EWS-Währungen keine prinzipiellen Hindernisse im Weg stehen, liegt die Vermutung nahe, daß die D-Mark gegenüber den EWS-Währungen nicht jene Freiheit besitzt. Aufgrund der Erfahrungen mit regionalen Fixkursregelungen in den siebziger Jahren und der bisherigen Erfahrungen mit dem EWS und wegen der Tatsache, daß eine umfassende Kapitalverkehrskontrolle weder wahrscheinlich ist noch - falls eingeführt - effektiv wäre, wird erwartet, daß wettbewerbsneutrale DM-Aufwertungen auch im EWS - falls es bestehen bleibt - nicht entscheidend behindert sein werden. Trotz institutioneller Hemmnisse für DM-Aufwertungen innerhalb des EWS wird also eine markante Unterbewertung der DM nicht erwartet. Der reale Wechselkurs (deflationiert mit dem Konsumentenpreisindex) dürfte somit im Durchschnitt der achtziger Jahre konstant bleiben. Eine Konstanz des realen Wechselkurses läßt sich auch für die letzten 20 Jahre in etwa feststellen.

25. Weniger verläßlich erscheint die der Prognose zugrundeliegende Annahme, daß protektionistische Maßnahmen in den achtziger Jahren trendmäßig nicht nennenswert zunehmen. Von zyklischen Bewegungen einmal abgesehen - in der gegenwärtigen Rezession hat die Protektion bereits zugenommen - besteht die Gefahr, daß das in vielen Industrieländern zunehmende Arbeitskräfteangebot bei unzureichender Reallohnflexibilität zu steigender Arbeitslosigkeit führt und daß es dann tendenziell zu einer Abschottung gegen ausländische Konkurrenz kommt.

26. Da in vielen Industrieländern - allerdings nicht in den USA - geburtenstarke Jahrgänge bis über die Jahrzehntmitte ins Erwerbsleben drängen, ist im Arbeitskräfteangebot kaum ein Engpaß für künftig höhere Wachstumsraten zu sehen. In allen Industrieländern hat sich aber das Bevölkerungswachstum stark vermindert, in einigen Ländern nimmt die Bevölkerung ab. Daher dürfte deren inländische Nachfrage - mindestens in einer Reihe von Bereichen - relativ abgeschwächt verlaufen. Da jene Regionen, in denen die demographische Entwicklung eher umgekehrt verläuft, ohnehin kaum Finanzierungsspielraum für eine Nachfrageausweitung besitzen und dieser geringe Spielraum nach der Ölpreiserhöhung und der massiven Ausweitung ihrer Verschuldung während der letzten Jahre weitgehend ausgeschöpft erscheint, liegt es nahe, bei der erwarteten Wirtschaftspolitik weltweit ein nur geringes wirtschaftliches Wachstum zu erwarten.

27. Nach einem konjunkturell bedingten Rückgang der relativen Energiepreise in den Jahren 1982/83 wird für den weiteren Verlauf der achtziger Jahre mit einer Verteuerung der Energie gerechnet. Wahrscheinlich werden Ölpreisschübe auch weiterhin mit konjunkturellen Boomphasen zusammentreffen und die Versuche der Olanbieter, die dann erreichten realen Ölpreinsniveaus während der folgenden Rezessionen zu halten, nur teilweise gelingen. Diese Einschätzung liegt nahe angesichts der kaum als vehement zu bezeichnenden Anstrengungen der Industrieländer, die Abhängigkeit vom OPEC-Öl zu verringern. Sie bedeutet freilich nicht, daß mit einem Anstieg des realen Ölpreises gerechnet wird, der mit den Preissteigerungen seit 1973 vergleichbar ist. Für wahrscheinlich wird gehalten, daß sich der reale Ölpreis mittelfristig um etwa 3 vH je Jahr erhöht. Dieser Anstieg ist sehr viel geringer als der durchschnittliche Anstieg seit 1973; er entspräche in etwa dem Realzins, der für die achtziger Jahre erwartet wird; einen Zusammenhang mit der Realzinsentwicklung legt die Theorie der erschöpfbaren Ressourcen nahe¹.

¹ Wenn der relative Preis für Energie steigt, so hat das Konsequenzen für das Niveau und die künftige Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Produktions- (Fortsetzung siehe S. 10)

II. Nationale Wirtschaftspolitik

a) Geldpolitik

28. Es ist zu erwarten, daß die Deutsche Bundesbank wie in der Vergangenheit der Stabilität des Preisniveaus eine hohe Priorität einräumen wird. So wird die Bundesbank wohl insbesondere nicht zulassen, daß die Inflationsrate, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, über einen längeren Zeitraum mehr als 5 vH betragen wird. Diese Prognose stützt sich auf die Erfahrungen der letzten zehn Jahre. Im Jahre 1973 war die Inflationsbeschleunigung auf Raten von etwa 7 vH der Anlaß zu einer drastisch restriktiven Geldpolitik. Im Frühjahr 1979 war die Inflationsbeschleunigung auf mehr als 5 vH für die Bundesbank wieder das Signal, von einer Politik der Nachfragestimulierung auf eine Politik der Inflationsbekämpfung umzuschalten.

29. Wenn hingegen die Inflationsrate gering ist und Wachstum und Beschäftigung gefährdet erscheinen, dürfte die Bundesbank wie in der Vergangenheit eine Politik der Nachfragestimulierung betreiben. Das letzte Beispiel für diese Verhaltensweise sind die Lockerung der Geldpolitik im Sommer 1977 und die sich daran anschließende betont expansive Politik des Jahres 1978; die unbefriedigende Arbeitsmarktlage im Sommer 1977 und die kräftige DM-Aufwertung, deren konjunkturelle Wirkungen unerwünscht waren, hatten die Bundesbank zu dem geldpolitischen Kurswechsel veranlaßt.

30. Die Geldpolitik wurde in Stop-and-go-Manier betrieben, obwohl seit Mitte der 70er Jahre Geldmengenziele für die Zentralbankmenge in der Abgrenzung der Bundesbank angekündigt werden. Es erscheint wenig wahrscheinlich, daß die Bundesbank in Zukunft ein bestimmtes Geldmengenziel ohne Nebenbedingungen ansteuern wird. Es scheint vielmehr - insbesondere nach den geldpolitischen Diskussionen und Maßnahmen seit Beginn der achtziger Jahre - fast sicher, daß auch künftig Zins- und Wechselkursziele bei geldpolitischen Entscheidungen eine Rolle spielen werden. Da diese Ziele nicht gleichzeitig erreicht werden können und die Ziele in unterschiedlichem Ausmaß verfehlt sein werden, dürfte die Geldmengenexpansion auch in den 80er Jahren nicht stetig verlaufen.

(Fortsetzung Fußnote 1 von S. 9)

potentials, insbesondere die Wirtschaftlichkeit des vorhandenen Kapitalstocks; umgekehrt hatte der niedrige Energiepreis in der Vergangenheit Auswirkungen auf das damalige Produktionspotential. Die Entwicklung des Produktionspotentials ihrerseits hat Rückwirkungen auf die künftige Entwicklung des relativen Energiepreises. Diese Beziehungen lassen sich aber allenfalls tentativ, keineswegs aber quantitativ verlässlich erfassen.

¹ Die geldpolitische Strategie der Deutschen Bundesbank umreißt Schlesinger folgendermaßen: "Which economic facts should be used as a basis when fixing the monetary growth rate? Our answer to this question is pragmatic; that is, it depends on economic conditions at the time the target is formulated and those expected for the year ahead... In other words, we ... do not consider it possible to disregard the position of the economy in the cycle and to release monetary policy from its anticyclical function. On the other hand, monetary policy must no longer see itself exclusively as an instrument of anti-cyclical action: it must attach more importance than it used to to medium term aspects ..." Vgl. Schlesinger, Helmut, Recent experiences with monetary policy in the Federal Republic of Germany, Beihefte zu Kredit und Kapital, Heft 5, Inflation, Unemployment and Monetary Control, edited by Karl Brunner and Manfred J.M. Neumann, Berlin 1979, S. 303-320, hier S. 309-310. Vgl. auch Schlesinger, Helmut, Die Geldmengenpolitik der Bundesbank, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 1983.

31. Die Beobachtung der Vergangenheit kann eine quantitative Grundvorstellung über die künftige Geldmengenexpansion vermitteln. Im Durchschnitt der 60er Jahre betrug die Expansionsrate der Geldmenge M_1 7,5 vH (Schaubild 1). Die Schwankungen der Zuwachsraten waren außer 1961/62 und 1966/67 relativ gering, jedenfalls geringer als in der ersten Hälfte der 70er Jahre, als auf zweistellige Raten in den Jahren 1971 und 1972 der scharfe Bremskurs 1973/74 folgte. In den Jahren 1975/76 kam es wieder zu einer kräftigen monetären Expansion, die jener der Jahre 1971/72 - bei Inflationsraten von jeweils rd. 5 vH - in etwa gleich war.

32. Das Muster der frühen siebziger Jahre läßt sich auch in den letzten Jahren beobachten. Dies überrascht insofern, als doch seit 1974 Geldmengenziele verkündet werden und eigentlich beabsichtigt war, eine Politik der stetigen monetären Expansion zu betreiben. Diese war zwar in Form von Zielgrößen für die Zentralbankgeldmenge formuliert, aber das Urteil einer un stetigen Geldversorgung ändert sich nur wenig, wenn man die Entwicklung der Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung der Bundesbank betrachtet. Zwar sind die Schwankungen wegen der "umfassenderen" Definition der Zentralbankgeldmenge geringer, die jahresdurchschnittlichen Veränderungsrate schwanken aber dennoch zwischen 6 vH (1974) und 5 vH (1980) einerseits und mehr als 11 vH (1978) andererseits. Von einer stetigen Geldmengenpolitik seit 1975 kann also nicht die Rede sein. Die Geldpolitik der letzten Jahre muß sogar als weniger stetig als jene der 60er Jahre charakterisiert werden. Die durchschnittliche (absolut gemessene) Abweichung der Vorjahres-Veränderungsrate der Zentralbankgeldmenge von der durchschnittlichen Veränderungsrate beträgt für die 60er Jahre 1,1, für die Periode 1970 bis 1974 2,0 und für den Zeitraum 1974 bis 1980 1,5.

33. In dem Ausblick auf die 80er Jahre wird eine Geldpolitik zugrundegelegt, die auf den jeweiligen Grad der Erreichung der wirtschaftspolitischen Ziele mit antizyklischer Ausrichtung reagiert (policy reaction function). Schaubild 1 verdeutlicht die erwartete Entwicklung der Geldmenge in der Abgrenzung M_1 ; in Tabelle 1 sind die konkreten Zahlenwerte für die Veränderungsrate der Geldmenge M_1 sowie die erwartete Zins- und Wechselkursentwicklung dargestellt.

b) Finanzpolitik

34. Die Ausgaben des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) expandierten bis Mitte der siebziger Jahre sehr kräftig. Die Käufe von Gütern und Diensten, also Staatsverbrauch und staatliche Investitionen, in Preisen von 1976 nahmen von 1960 bis 1975 durchschnittlich um 4,6 vH zu. Dies reflektiert die kräftig gestiegenen Ausgaben für den Ausbau der Infrastruktur, für den Aufbau der Bundeswehr und für Sachleistungen im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung. Wesentlich war zudem die außerordentlich kräftige Aufstockung des Personalbestandes im öffentlichen Dienst. Die Zahl der Erwerbstätigen im Staatssektor nahm von 1960 bis 1975 um 1,48 Millionen Beschäftigte zu und damit um jahresdurchschnittlich 3,6 vH. In den letzten Jahren schwächte sich die Expansion der Käufe des Staates (in Preisen von 1976) beträchtlich ab; die durchschnittliche Zunahme für den Zeitraum 1975 bis 1980 beträgt 2,3 vH (2,5 vH für den Staatsverbrauch und 0,7 vH für die staatlichen Investitionen). Für die staatlichen Transferleistungen gilt prinzipiell Ähnliches. Den hohen Zuwachsraten im Zeitraum 1960 bis 1975 folgte eine deutliche Abflachung der Expansion.

35. In den nächsten Jahren werden die staatlichen Käufe wahrscheinlich nur relativ wenig steigen. Die hohen Staatsdefizite, die zunehmend als zinstreibend und wachstumshemmend betrachtet werden, und die damit einhergehende Neigung zur "Konsolidierung" sprechen jedenfalls dafür. Aus demselben Grund

Schaubild 1 -

Geldmenge M1

Veränderung der Jahresdurchschnittswerte und durchschnittliche Veränderung in einem Zeitraum von jeweils fünf Jahren

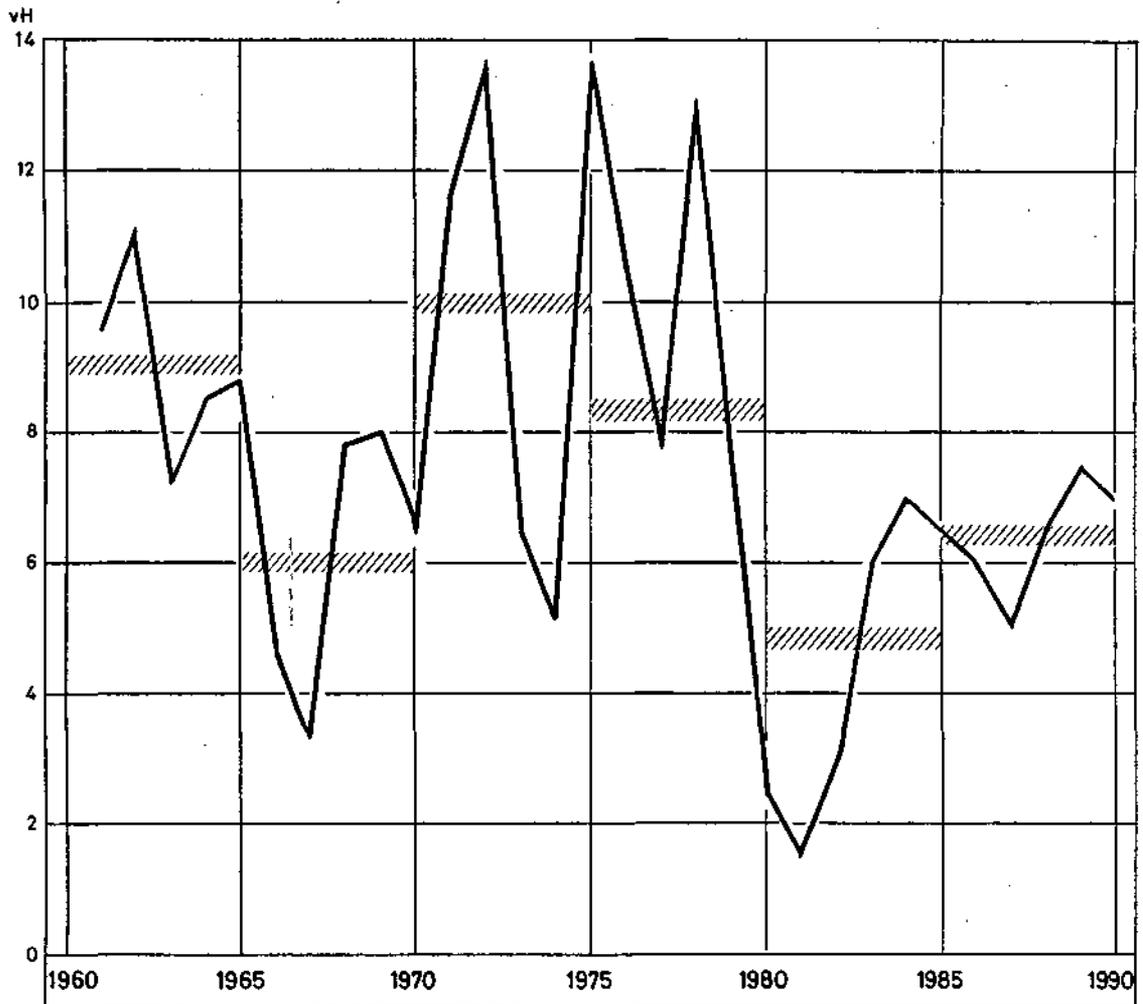


Tabelle 1 : Indikatoren zur Geldpolitik

Zeitraum	M ₁ ^a	Umlaufsr- dite fest- verzinsli- cher Wert- papiere	Zentral- bankgeld- menge ^a	Wechsel- kurs DM/US-\$
1960	.	6,3	.	4,17
1961	9,6	5,9	.	4,02
1962	11,1	6,0	9,7	4,00
1963	7,2	6,1	7,9	3,99
1964	8,5	6,2	8,1	3,97
1965	8,8	6,8	9,6	3,99
1966	4,6	7,8	7,1	4,00
1967	3,2	7,0	5,2	3,99
1968	7,8	6,7	7,6	3,99
1969	8,0	7,0	10,6	3,92
1970	6,4	8,2	7,3	3,65
1971	11,6	8,2	10,4	3,48
1972	13,7	8,2	12,6	3,19
1973	6,4	9,5	10,6	2,66
1974	5,0	10,6	6,1	2,59
1975	13,7	8,7	7,8	2,46
1976	10,6	8,0	9,2	2,52
1977	7,8	6,4	9,0	2,32
1978	13,1	6,1	11,4	2,01
1979	8,0	7,6	9,1	1,83
1980	2,4	8,6	4,8	1,82
1981	1,5	10,6	4,4	2,26
1982	3,1	9,1	4,9	2,43
1983	6,0	7,1	.	2,28
1984	7,0	6,2	.	2,15
1985	6,5	6,5	.	2,10
1986	6,0	7,0	.	.
1987	5,0	7,3	.	.
1988	6,5	7,0	.	.
1989	7,5	6,5	.	.
1990	7,0	6,2	.	1,80
1960-1965	9,0	6,2	.	.
1965-1970	6,0	7,3	.	.
1970-1975	10,0	8,9	.	.
1975-1980	8,3	7,6	.	.
1980-1985	4,8	8,0	.	.
1985-1990	6,4	6,8	.	.

^aVeränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

dürften die staatlichen Transfers bei weitem nicht mehr so stark wie in der Vergangenheit expandieren. Eine - auch im Vergleich zur zweiten Hälfte der siebziger Jahre - schwächere Ausgabenexpansion ist auch insofern wahrscheinlich, als häufiger als in der Vergangenheit Steuerentlastungen im Interesse der Förderung der Leistungs- und Investitionsbereitschaft zu erwarten sind und als die staatlichen Instanzen stärker als in der Vergangenheit versuchen dürften, die damit per se verbundene Defizitauseitung in Grenzen zu halten.

36. Im einzelnen wird für wahrscheinlich gehalten, daß die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst von 1980 bis 1985 um 0,2 vH je Jahr und von 1985 bis 1990 um 0,5 vH je Jahr zunehmen wird. Für die Sachkäufe des Staates (einschließlich Sozialversicherung) wird eine Zunahme um durchschnittlich 1,5 bzw. 2,5 vH erwartet. Daraus resultiert für den realen Staatsverbrauch - bei geringen konjunkturellen Schwankungen - ein Anstieg um durchschnittlich 1,1 vH in der ersten Hälfte und 1,8 vH in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Aufgrund der Änderungen in der Bevölkerungsstruktur sind rückläufige Investitionen in den Bereichen Kindergärten, Schul- und Hochschulbau zu erwarten; kompensierende Maßnahmen etwa in den Bereichen des Krankenhausbaus, der Freizeiteinrichtungen oder des Verkehrsstraßenbaus sind wegen der angespannten Finanzlage des Staates wenig wahrscheinlich, eher dürften auch diese Bereiche zur Abschwächung des Ausgabenanstiegs - im Vergleich zur Vergangenheit - beitragen. Dies bedeutet, daß der Anteil der Investitionen an den Staatsausgaben abnehmen wird; denn trotz der zu erwartenden weiteren Kürzungsmaßnahmen bei den Transfers an Haushalte (Kindergeld, Arbeitslosengeld, Renten etc.) und bei den Subventionen an Unternehmen dürften auch die realen staatlichen Transfers etwas mehr zunehmen als die realen Investitionsausgaben. Der Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt dürfte von 48,1 vH im Jahre 1980 auf etwa 46 vH im Jahre 1990 abnehmen, damit aber immer noch um rund 7 Prozentpunkte über dem Wert für 1970 liegen (Schaubild 2).

37. Hinsichtlich der Steuerpolitik wird erwartet, daß es regelmäßig - etwa alle zwei Jahre - zu Steuerentlastungen kommen wird, mit denen die inflationsbedingte Progressionswirkung des Steuersystems kompensiert und damit - für sich betrachtet - die Steuerquote mittelfristig in etwa konstant gehalten wird. Auch wird für wahrscheinlich gehalten, daß das Gewicht der direkten Steuern zugunsten der indirekten Steuern verringert wird. Konkret bedeutet dies Entlastungen bei der Einkommensteuer und Belastungen bei der Mehrwertsteuer und bei speziellen Verbrauchsteuern.

c) Achtziger Jahre: Renaissance der Ordnungspolitik?

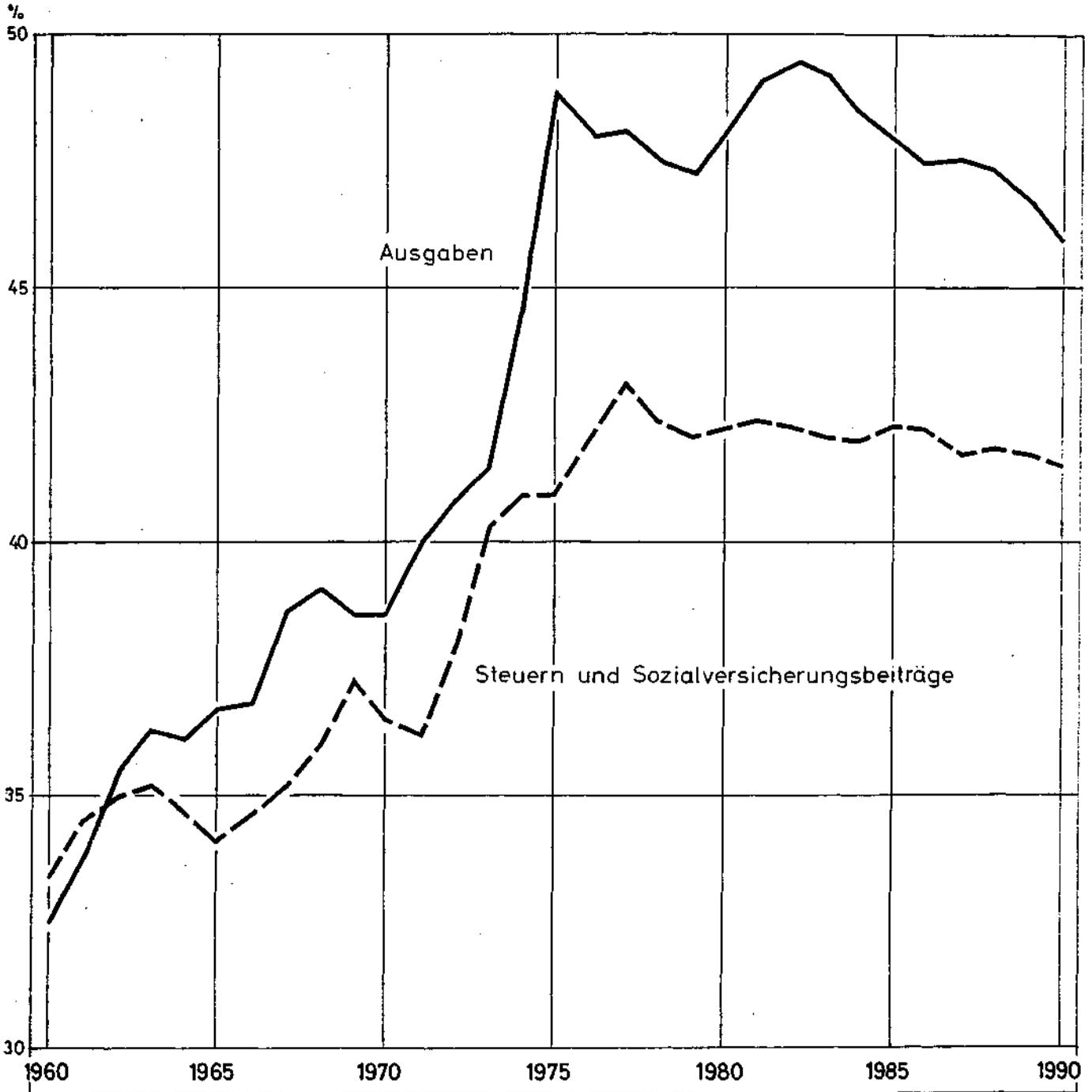
38. Eine ordnungspolitische Debatte hat es in der Bundesrepublik Deutschland nur in dem sehr kurzen Zeitraum zwischen Kriegsende und Gründung der Republik gegeben. Danach wurde durch Ludwig Erhards mutige Entscheidung sowie durch das Grundgesetz und das Bundesbankgesetz der ordnungspolitische Rahmen festgelegt. Wichtige Wegmarken zu mehr Marktwirtschaft waren die Verabschiedung des Kartellgesetzes (1957), die Einführung der Konvertibilität (1958) und die Freigabe der Wechselkurse (1971 bzw. 1973). Das mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz eingeleitete keynesianische Intermezzo war ebensowenig trendbildend wie der größere struktur- und verteilungspolitische Eifer der frühen siebziger Jahre.

39. Die gesamtwirtschaftlich schädlichen Wirkungen einer Politik der guten Absichten sind inzwischen in vielen Bereichen (Wohnungsbaupolitik, Arbeitsmarktpolitik) deutlich geworden. Gegen eine wieder stärkere marktwirtschaftliche

Schaubild 2 -

Staatsausgaben und Abgaben (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge)

in vH des nominalen Bruttosozialprodukts



Orientierung in den achtziger Jahren spricht freilich folgende Überlegung: Die Gruppen, die sich durch eine ausgeprägt antimarktwirtschaftliche Haltung auszeichnen, haben sich in den letzten Jahren deutlich stärker artikuliert. Dabei verbinden sich marxistische, religiöse und umweltbewußte Strömungen miteinander. Diese Bewegung könnte deshalb steigende Bedeutung erlangen, weil der heutige Mittelteil der Alterspyramide seine Ausbildung in einer Zeit erhalten hat, in der existenzielle Gefährdungen nicht erkennbar waren, und weil damit ideologische Fehlentwicklungen nicht korrigiert wurden. Dies hat insbesondere Wirkungen auf den Arbeitsmarkt. Dort hat sich eine Anspruchshaltung entwickelt, die bei den sozialen Regelungen zu einer massiven Diskrepanz zwischen In- und Ausland geführt hat. Arbeitszeit und Pausenregelung, Länge des Urlaubs, Regelungen im Krankheitsfall, Kündigungsschutz, Regelungen der Lebensarbeitszeit liegen - zusammen betrachtet - so entscheidend über dem internationalen Niveau, daß schon heute die berufliche und die räumliche Mobilität hierzulande weit geringer sind als andernorts und als angesichts der Herausforderungen nötig wäre.

40. Die Herausforderung durch jene, die in den achtziger Jahren neu ins Erwerbsleben drängen, wird die closed-shop-Mentalität der Tarifvertragsparteien aufbrechen; dies umso mehr, als angesichts der Finanzlage des Staates und der eher zurückgehenden Nachfrage nach Staatsleistungen (schulische und berufliche Ausbildung, Verkehrswesen etc.) die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten nur noch wenig zunehmen dürfte, der Staat also als Anbieter von Arbeitsplätzen an Bedeutung verlieren wird. Die Selbständigkeit im Berufsleben wird damit zwangsläufig als zunehmend wichtige Alternative erscheinen. Die Relation der Zahl der Selbständigen zu der Zahl der abhängig Beschäftigten dürfte sich eher zugunsten der Selbständigen verschieben. Dies wird wohl Einfluß auf die Wirtschaftspolitik haben. Eine marktwirtschaftlich orientierte Ordnungspolitik - zumal beim existierenden Verdruß über Bürokratien - dürfte dadurch begünstigt werden. Zu einer mehr marktwirtschaftlich ausgerichteten Politik mag es auch deshalb kommen, weil sich die Wirtschaftspolitik der USA grundsätzlich umorientiert hat und weil versucht werden könnte, diese Politik - wenn auch mit Einschränkungen - nachzuahmen. Insgesamt wird die marktwirtschaftliche Politik in den achtziger Jahren wohl eine gewisse Renaissance erleben. Dies dürfte praktisch unabhängig davon gelten, welche Partei bzw. welche Parteien die Regierung stellt bzw. stellen.

III. Verhalten der Tarifpartner

41. Die Tarifabschlüsse dürften in den 80er Jahren zunehmend von der Einsicht der Gewerkschaften in gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge geprägt sein. Damit wäre die Entwicklung eher jener in den 50er und 60er Jahren als jener in den 70er Jahren vergleichbar. Die demographische Entwicklung, insbesondere das bis gegen Ende der 80er Jahre deutlich zunehmende Arbeitskräftepotential, und der gegenwärtig hohe Bestand an registrierten und nicht registrierten Arbeitslosen sprechen jedenfalls für eine relativ schwache Verhandlungsposition der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften. Da der Lohn und die Lohnnebenkosten vergleichsweise hoch sind, ist kaum zu erwarten, daß die Unternehmen in den nächsten Jahren auf arbeitsintensivere Produktionsverfahren umstellen, damit die Arbeitskräftenachfrage verstärken und somit einen gegenläufigen Effekt ausüben werden; dies wird umso weniger der Fall sein, als sich die Entwicklung beim Arbeitskräftepotential gegen Ende des Jahrzehnts umkehren wird und dies allgemein bekannt ist. Der Reallohnanstieg wird wahrscheinlich nachhaltig - wenn auch nur in begrenztem Maße - hinter der Zunahme des verteilbaren Produktivitätsfortschritts zurückbleiben.

42. Deutlich weniger Einsicht in marktwirtschaftliche Funktionszusammenhänge scheint es hinsichtlich des Problems der Anpassung der Reallohnstruktur an die Produktivitätsstruktur der Beschäftigten zu geben. Nicht über bewußte Tariflohndifferenzierung entsprechend den relativen Knappheiten, sondern über die Lohndrift in Phasen günstiger konjunktureller Entwicklung dürfte aber eine gewisse Effektivlohndifferenzierung zustandekommen.

43. Die gewerkschaftlichen Bestrebungen dürften angesichts der hohen Arbeitslosigkeit kaum weniger als in den siebziger Jahren darauf abzielen, die Arbeitszeit zu verkürzen. Die Entscheidungsalternative wird in den kommenden Jahren aber eher lauten "Erhalt des gegenwärtigen Reallohns oder mehr Freizeit" als "höherer Reallohnanstieg oder mehr Freizeit". Ein nicht sinkendes Realeinkommen wird wohl zunehmend höher eingeschätzt werden als mehr Freizeit. In den 80er Jahren wird es aber dennoch für bestimmte Personengruppen aufgrund verlängerten Urlaubs oder infolge vorgezogenen Renteneintrittsalters eine begrenzte Arbeitszeitverkürzung geben; in manchen Branchen sind entsprechende Regelungen bereits tarifvertraglich vereinbart. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten dürfte weiter steigen; dabei sind auch Ansätze zu einem "job-sharing" zu erwarten. Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen, sei er teil- oder vollzeitbeschäftigt, wird jedoch insgesamt kaum im Tempo der sechziger und siebziger Jahre abnehmen. Der Wunsch nach höherem Realeinkommen und die Vermehrung der Freizeit werden zu einer Ausweitung der Schattenwirtschaft führen.

44. Die Tariflöhne je Stunde dürften im Durchschnitt der achtziger Jahre um 4,5 bis 5 vH zunehmen. Von 1970 bis 1980 hatte der durchschnittliche Anstieg je Jahr 8,6 vH betragen. Zu berücksichtigen ist freilich, daß die Inflationsrate in den siebziger Jahren 5,1 vH betragen hat, während im Rahmen dieser Prognose für die achtziger Jahre ein Anstieg um knapp 4 vH erwartet wird. Der "reale" Tariflohnanstieg wäre damit im laufenden Jahrzehnt um rd. zwei Prozentpunkte geringer als in den siebziger Jahren.

D. Die wahrscheinliche Entwicklung

I. Die gegenwärtige konjunkturelle Lage und die Entwicklung bis Ende 1983¹

45. Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik hat sich im Verlauf des Jahres 1982 deutlich verschlechtert. Ausschlaggebend hierfür war die Wende in der Ausfuhrentwicklung. Bis Anfang 1982 nahmen die Exporte so stark zu, daß es trotz einer spürbaren Abnahme der inländischen Verbrauchs- und Investitionsausgaben nicht zu einem nennenswerten Produktionsrückgang kam. Seit dem Frühjahr 1982 hat sich das Exportklima jedoch zunehmend abgekühlt. Da die Binnennachfrage anhaltend schwach blieb, nahm die Produktion deutlich ab. Die Auftragsbestände und die Kapazitätsauslastung in der Industrie waren Ende 1982 niedriger als im Tiefpunkt der Rezession von 1974/75.

46. Die erneute Talfahrt hat zu einem markanten Stimmungsumschwung geführt, dies um so mehr, als die Zinsen u.a. wegen der unverändert schlechten Lage der Staatsfinanzen vergleichsweise hoch sind und sich die Lohnabschlüsse wegen zu optimistischer Konjunkturerwartungen als zu hoch erweisen und auf die Unternehmenserträge drücken. Die Folgen zeigen sich in der großen Zahl von Insolvenzen, dem forcierten Beschäftigungsabbau und den immer häufigeren

¹ Zu den Ziffern 45 bis 49 vgl. Am Rande der Krise, Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 89, Kiel, September 1982.

Ankündigungen von Kurzarbeit. In dieser Situation ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß Kreditketten reißen, etwa weil Zulieferer und Banken die Kreditrisiken als zu groß einschätzen, und daß sich daraus eine gesamtwirtschaftliche Liquiditätskrise entwickelt, die wettbewerbsfähige ebenso wie wettbewerbsschwache Unternehmen mit in ihren Strudel zieht. Nicht auszuschließen ist auch, daß die Inflationserwartungen in Deflationserwartungen umschlagen, wenn die Welle von Erhöhungen administrierter Preise ausläuft und Fortschritte bei der Inflationbekämpfung plötzlich sichtbar werden sowie Produktion und Beschäftigung weiter fallen. Sofern die Zinsen dann nicht unverzüglich und drastisch sinken, etwa weil die Kreditrisiken zu hoch erscheinen, werden die Wirtschaftssubjekte ihre Nachfrage weiter drosseln und ihre Kasensbestände kräftig aufstocken.

47. Wie groß die Gefahr ist, daß sich Kreditausfälle und Preisrückgänge so kumulieren, daß daraus krisenhafte Entwicklungen entstehen, ist schwer abzuschätzen. Ungewiß ist in diesem Fall, ob sich die Rezession zu einer Depression ausweiten würde, die ähnlich stark wäre wie die in den dreißiger Jahren, oder ob die Rezession - was schon schlimm genug wäre - dadurch nur etwas länger und tiefer ausfiele. Einigermaßen sicher ist nur, daß das Risiko einer sich zuspitzenden Entwicklung um so größer wird, je länger die Unsicherheit darüber anhält, was die Wirtschaftspolitik und die Lohnpolitik in Zukunft unternehmen werden. Dies führt dazu, daß Investitions- und Verbrauchsentscheidungen blockiert werden.

48. Es besteht aber Hoffnung, daß sich die Wirtschaftspolitik so verhält, daß eine Krise verhindert werden kann. So hat die Bundesbank seit dem Frühjahr 1982 ihre restriktive Politik vorsichtig gelockert und dadurch die Liquiditätssituation entspannt, ohne gleichzeitig Inflationsanstöße zu geben. In der Finanzpolitik setzt sich allmählich die Einsicht durch, daß eine konjunkturbedingt höhere Neuverschuldung hingenommen werden muß und daß zugleich Einschränkungen bei den Sozialleistungen und ein Abbau dirigistischer Vorschriften notwendig sind, um die Investitionsneigung und die Leistungsbereitschaft nachhaltig zu verbessern. Die Lohnabschlüsse dürften 1983 zwar geringer ausfallen als im Vorjahr, aber es ist zu befürchten, daß die anvisierten Reallohnkorrekturen nicht eintreten werden, weil die Inflationsrate und der Produktivitätsanstieg bei den Lohnverhandlungen zu hoch eingeschätzt werden.

49. Bei den beschriebenen positiven wirtschaftspolitischen Tendenzen bestehen Chancen für eine Besserung im Jahre 1983. Der Rückgang der Inlandsnachfrage dürfte im Frühjahr 1983 zum Stillstand kommen. Im späteren Verlauf des Jahres ist eine allmähliche Erholung wahrscheinlich. Nach einer Abnahme der Inlandsausgaben im Jahre 1982 wäre dann 1983 mit einem, wenn auch bescheidenen Anstieg zu rechnen.

50. Neben diesen binnenwirtschaftlichen Faktoren spielen für die Konjunktur 1983 in starkem Maße außenwirtschaftliche Einflüsse eine Rolle. Dabei sind hohe Risiken unübersehbar. Diese ergeben sich zum Teil aus der Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern, vor allem aber aus den zunehmenden Zahlungsschwierigkeiten und aus der weltweit zunehmenden Neigung, die Importkonkurrenz aus kurzfristigen beschäftigungspolitischen Gründen durch protektionistische Maßnahmen zurückzudrängen. Angesichts der immer größer werdenden Liquiditätsprobleme in vielen Ländern besteht die Gefahr, daß die Zahlungsunfähigkeit eines Landes eine Kettenreaktion auslöst. Nicht nur Entwicklungsländer, auch hochverschuldete Industrieländer und

¹ Zu den Ziffern 50 bis 53 vgl. Boss, Alfred, Flemig, Günter, Trapp, Peter und Walter, Norbert, Bundesrepublik Deutschland: Trotz Krise noch kein Umdenken, Die Weltwirtschaft, 1982, Heft 2, S.21-44.

Staatshandelsländer wären dann zu scharfen kontraktiven Maßnahmen gezwungen, die eine kumulative Verschlechterung des Welthandels herbeiführen würden. Eine ähnliche Welthandelsentwicklung wäre zu befürchten, wenn diese Länder zu weiteren Handelshemmnissen Zuflucht nähmen und sich gegenseitig den Zugang zu ihren Märkten versperren. Darüber, wie groß das Risiko ist, daß eine solche Entwicklung eintritt, läßt sich ebensowenig Konkretes sagen wie über das Ausmaß der kontraktiven Effekte, die damit verbunden wären. Sicher ist nur, daß die Risiken 1982 erheblich gestiegen sind. Es überwiegt aber die Hoffnung, daß durch eine Kooperation zwischen Banken und internationalen Währungsbehörden eine weltweite Finanzkrise vermieden werden kann und daß die Welle direkter und indirekter Eingriffe in den Welthandel nicht weiter anschwillt, weil Vergeltungsmaßnahmen befürchtet werden. Das Ergebnis der jüngsten GATT-Konferenz im November 1982 stimmt im Hinblick auf die Erhaltung des freien Welthandels freilich nicht optimistisch.

51. Es ist zu erwarten, daß die reale Warenausfuhr der Bundesrepublik vorerst noch von Schwächetendenzen bestimmt sein wird. Dafür spricht, daß sich die konjunkturelle Talfahrt in den westlichen Industrieländern im Winterhalbjahr 1982/83 fortsetzen wird. Von den Entwicklungsländern sind in nächster Zeit keine Impulse zu erwarten. Selbst wenn sich die Erlösschmälerung aus Rohstoffverkäufen nicht in dem bisherigen Tempo fortsetzt, weil der Lagerabbau in den Industrieländern weit fortgeschritten ist und sich die Tendenz zu Preissenkungen abschwächen wird, ist doch zu erwarten, daß eine Reihe von Entwicklungsländern versuchen wird, die Zahlungsschwierigkeiten durch eine Drosselung der Importe zu überwinden. Die zurückhaltendere Kreditvergabe an Entwicklungsländer dürfte in die gleiche Richtung wirken.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure wird sich wohl nicht nennenswert verschlechtern. Selbst wenn sich die D-Mark im Rahmen des EWS im Laufe des Jahres 1983 gegenüber einzelnen Währungen erneut aufwertet, wird dies nach den bisherigen Erfahrungen gerade ausreichen, um die aufgelaufenen Preisdifferenzen auszugleichen. Die seit 1979 entstandenen Wechselkursbedingten Preisvorteile dürften weitgehend erhalten bleiben. Alles in allem werden die Exporte 1983 wohl nur so hoch ausfallen wie im Vorjahr.

52. Das reale Sozialprodukt wird angesichts der späten Nachfragebelebung wohl erst im zweiten Halbjahr 1983 wieder steigen. Im Jahresdurchschnitt ist mit einem leichten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu rechnen. Ein merklicher Rückgang kann nur vermieden werden, wenn keines der oben beschriebenen außenwirtschaftlichen Risiken eintritt und den Abschwungsprozeß verstärkt und wenn sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter allmählich verbessern. Die Arbeitslosenzahl wird 1983 auf 2,4 Millionen im Jahresdurchschnitt ansteigen; Anfang 1984 dürfte die Arbeitslosenzahl in der Saisonspitze bei annähernd 3 Millionen liegen.

53. Für das Jahr 1983 ist eine weitere Verlangsamung des Preisanstiegs zu erwarten. Dafür spricht,

- daß die Binnennachfrage zunächst noch rückläufig sein wird und auch im späteren Verlauf des Jahres allenfalls nur mäßig expandiert,
- daß die Lohnstückkosten bei den erwarteten Lohnabschlüssen nur schwach steigen und angesichts der im zweiten Halbjahr erwarteten Produktivitätsfortschritte zeitweise wohl sogar stagnieren oder sinken werden,
- daß die Weltmarktpreise weiterhin unter Druck stehen werden,
- daß eine Preiswende auf den Weltmärkten im Zusammenhang mit der konjunkturellen Belebung der Weltwirtschaft im zweiten Halbjahr 1983 nur zu mäßigen Preissteigerungen führt, die durch eine Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar zudem weitgehend kompensiert werden.

Der Prozeß der Preisstabilisierung wird allerdings durch die Anhebung der Mehrwertsteuer zum 1. Juli 1983 behindert werden. Der laufende Preisanstieg wird sich im Jahr 1983 wohl auf 3 vH abschwächen. Die Vorjahresrate wird am Jahresende voraussichtlich ebenfalls bei 3 vH liegen. Im Jahresdurchschnitt wird die Verteuerung auf der Verbraucherstufe 3,5 vH betragen.

II. Mittelfristige Entwicklung

a) Bevölkerung und Arbeitskräfteangebot

54. Ein Ausblick auf die 80er Jahre bewegt sich im Bereich der Bevölkerungsentwicklung auf relativ solidem Boden. Die Diskrepanzen zwischen den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung und den Volkszählungsergebnissen, die auch für das nächste Volkszählungsjahr erwartet werden, betreffen das Niveau, weniger aber die Entwicklung des Bevölkerungsbestandes in einzelnen Gruppen oder insgesamt.

55. Die Bevölkerungsprognose stützt sich auf die vom Statistischen Bundesamt erstellte Prognose der deutschen Bevölkerung (einschließlich Wanderungen) bis zum Jahr 1990¹. Diese Prognose - 1976 erstellt - hat sich als recht verlässlich erwiesen. Gemäß dieser Prognose wird die deutsche Wohnbevölkerung vom 1.1.1981 bis zum 1.1.1990 um rd. 1,9 Mill. Personen abnehmen, also um 210.000 Personen oder 0,38 vH je Jahr. Nimmt man hinzu, daß die Zahl der Ausländer von 1981 bis 1990 um etwa 130 000 Personen je Jahr zunehmen wird, so resultiert für die gesamte Wohnbevölkerung eine durchschnittliche Abnahme um rd. 80 000 oder 0,15 vH je Jahr. Diese Entwicklung ist zwar verschieden von jener der Nachkriegszeit bis Mitte der 70er Jahre, als (von 1950 bis 1974) die gesamte Wohnbevölkerung um durchschnittlich 0,9 vH je Jahr zunahm; gegenüber der durchschnittlichen Abnahme von 1974 bis 1980 (0,13 vH) ergibt sich aber kaum eine Änderung (Schaubild 3).

56. Die Altersstruktur der Bevölkerung wird sich bis zum Jahre 1990 deutlich verändern. Schaubild 4 zeigt den Altersaufbau der männlichen und weiblichen Wohnbevölkerung zum Jahresende 1970 und am 1.1.1990, insbesondere den schmalen Sockel, auf dem die "Alterspyramide" 1990 stehen wird. Tabelle 2 verdeutlicht, daß sich von 1980 bis 1990 eine relative Abnahme bei den unter 20 Jahre alten Personen, eine Zunahme bei den 20 bis unter 65 Jahre alten Personen und eine Abnahme bei den über 65 Jahre alten Personen ergeben werden.

57. Trotz schrumpfender Gesamtbevölkerung dürfte das Arbeitskräftepotential, also jene Personengruppe aus der Gesamtbevölkerung, die bei gegebenen ökonomischen und sozialen Bedingungen, u.a. bei gegebenen Lohnsätzen bzw. Chancen zum Erwerb von Arbeitseinkommen, arbeiten können und wollen, in den nächsten Jahren steigen². Der Anteil und die absolute Zahl der Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahre wird zunehmen (Tabelle 2). Bei den 20 bis unter 60 Jahre alten deutschen Männern ist ein Anstieg um 827 000 Personen

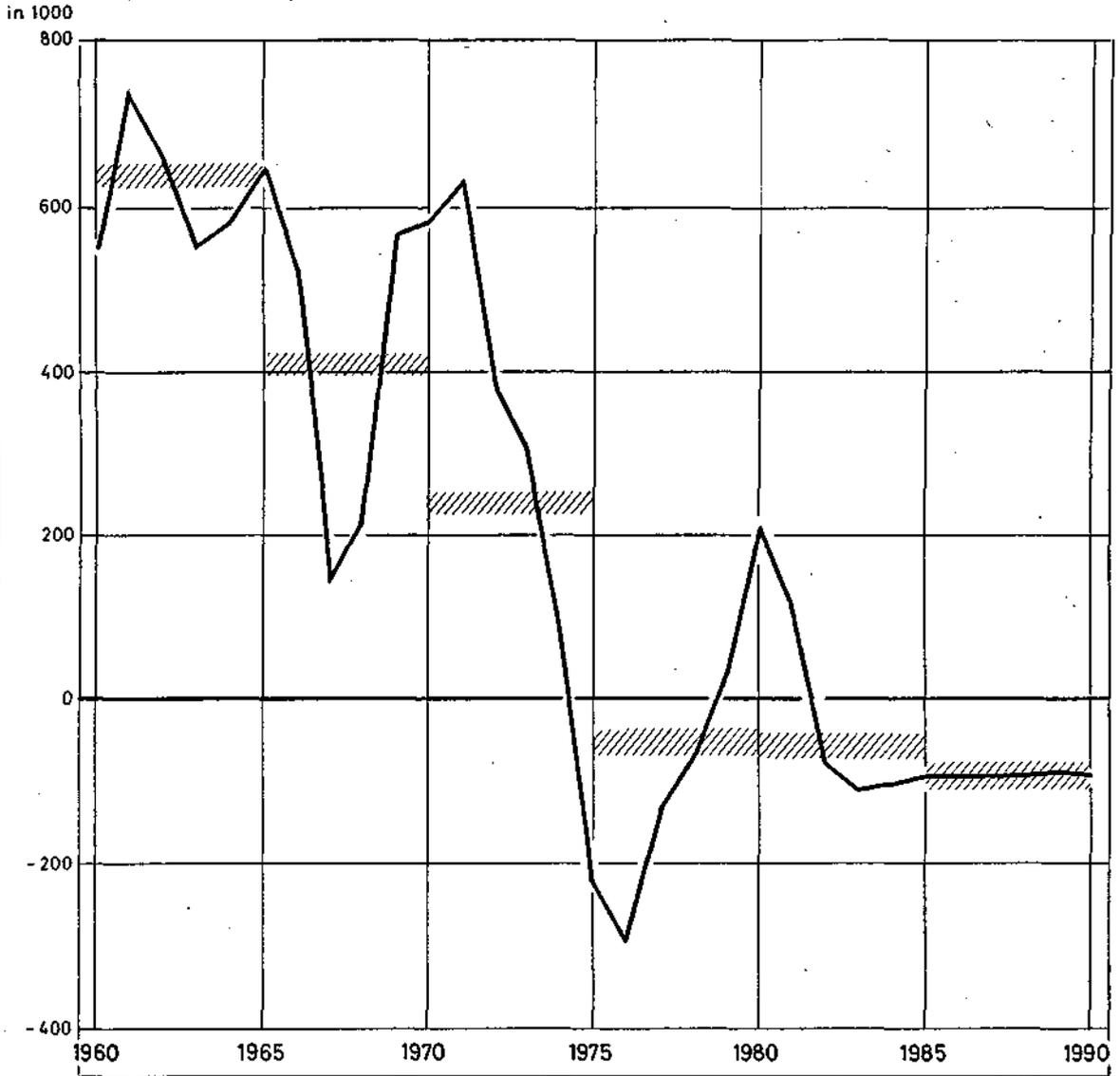
¹ Vgl. Linke, Wilfried, Höhn, Charlotte, Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1990, Wirtschaft und Statistik, Heft 12, 1975, S. 793-798; dieselben, Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1990, Wirtschaft und Statistik, Heft 6, 1976, S. 337-340. Methodisch handelt es sich um eine jahrgangswise Fortschreibung der Bevölkerung.

² Vgl. hierzu Boss, Alfred, Das Arbeitskräfteangebot in der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren, Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere, Nr. 158, November 1982.

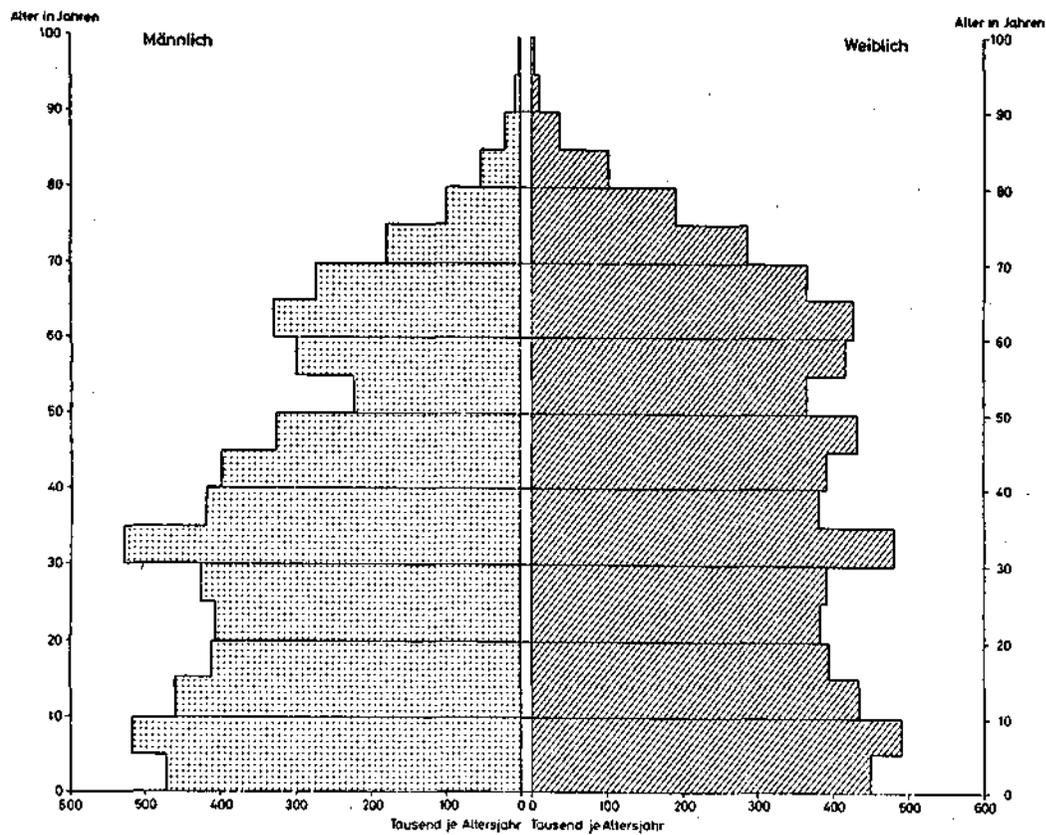
Schaubild 3 -

Entwicklung des Bevölkerungsbestandes (Inländer und Ausländer)

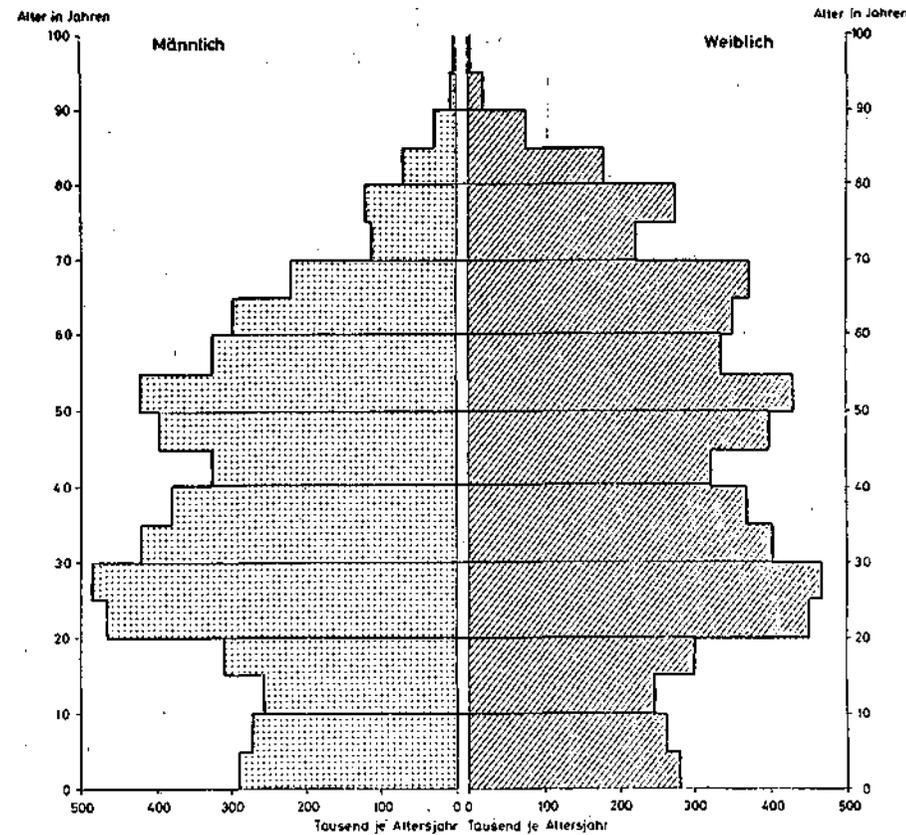
Veränderung gegenüber dem Vorjahr und durchschnittliche Veränderung in einem Zeitraum von jeweils 5 Jahren in 1000



Altersaufbau der Wohnbevölkerung am 31.12.1970



Altersaufbau der Wohnbevölkerung am 1.1.1990 ohne Ausländer



zu erwarten, bei den Frauen eine nur geringfügige Abnahme um 95 000 Personen. Hinzu kommt bei einigen Personengruppen (bestimmte Altersgruppen der verheirateten Frauen) eine zunehmende Erwerbsneigung; dem stehen freilich - wenn auch quantitativ geringere - gegenläufige Effekte bei anderen Personengruppen, insbesondere die Einflüsse einer verlängerten Ausbildungsdauer und eines vorzeitigen Rentenbezugs, gegenüber. Schaubild 5 zeigt den prognostizierten Verlauf für die Zahl potentieller deutscher Erwerbspersonen nach dem Inländerkonzept sowie - zum Vergleich - die vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg (IAB) 1976 ermittelten Zahlen für die Jahre 1961 bis 1990. Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte hatte - nach einem kräftigen Anstieg bis zur Mitte der 70er Jahre - zunächst abgenommen, ist zuletzt aber wieder gestiegen. In den nächsten Jahren dürfte das Angebot an ausländischen Arbeitskräften weiter zunehmen. Die ausländische Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland wird sich infolge von Familienzusammenführungen, durch Zuwanderungen aus EG-Staaten und durch die natürliche Bevölkerungsbewegung (Geburtenüberschuß) erhöhen, durch Rückwanderungen aber nur wenig abnehmen. Die trendmäßige Entwicklung wird wie in der Vergangenheit von konjunkturellen Schwankungen überlagert werden.

Tabelle 2 - Deutsche Bevölkerung nach Altersgruppen am 1.1. ausgewählter Jahre (vH)

Alter	1975	1980	1985	1990
unter 15 Jahre	21,5	18,0	14,7	14,6
15 bis unter 20 Jahre	7,3	8,5	8,3	5,5
20 bis unter 60 Jahre	50,0	53,5	56,1	58,5
60 bis unter 65 Jahre	6,1	3,9	5,9	5,9
65 Jahre oder mehr	15,2	16,3	15,0	15,4

b) Kapitalstock und Produktionspotential

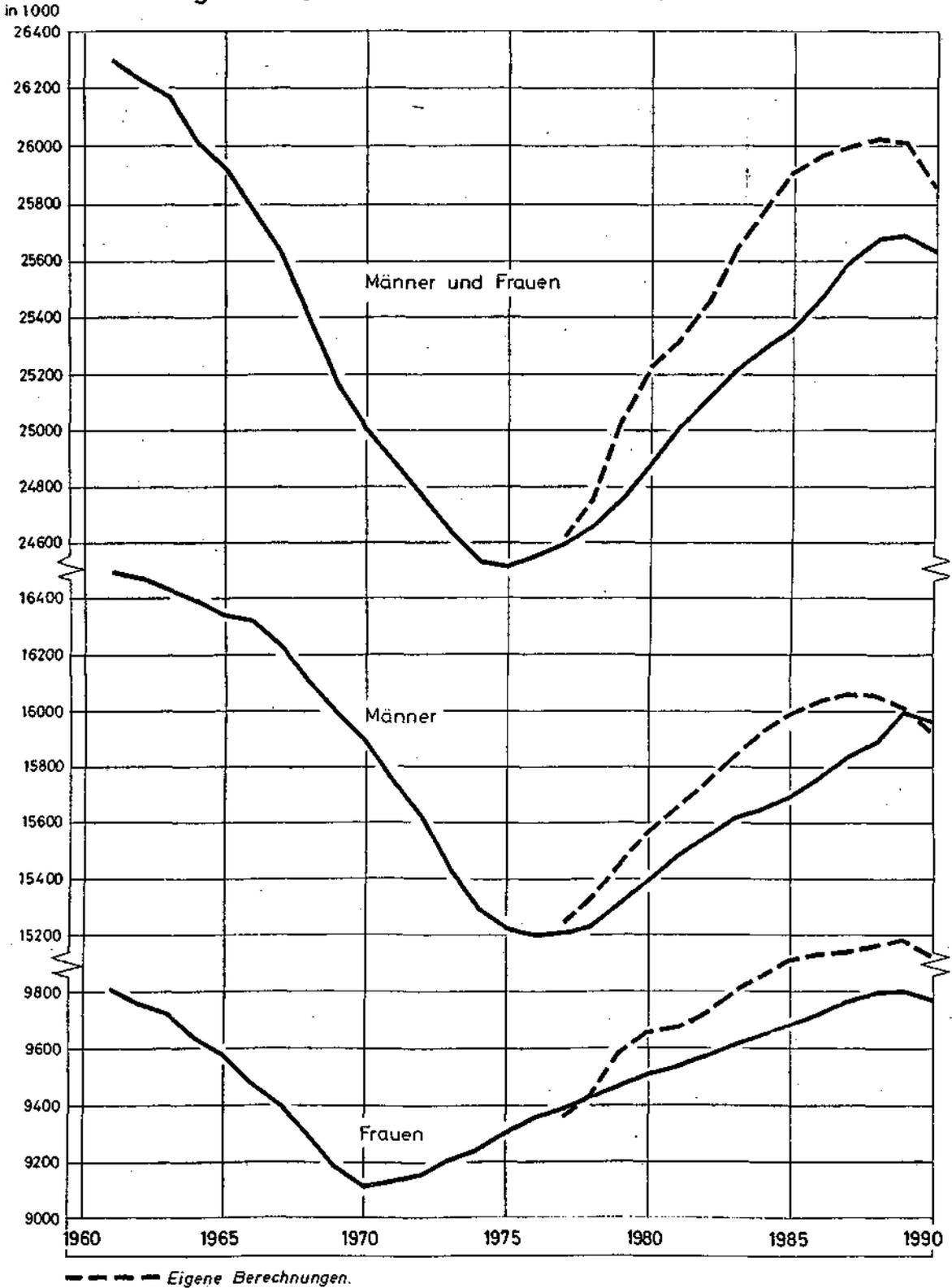
58. Der Kapitalstock der deutschen Wirtschaft, das Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1976 gemäß statistischer Terminologie, hat von 1960 bis 1970 um jahresdurchschnittlich 5,6 vH zugenommen (Tabelle 3). In den siebziger Jahren nahm diese Rate auf 4,1 vH ab. Entscheidend dafür war der verlangsamte Anstieg der Investitionen - der Ausrüstungsinvestitionen ebenso wie der Bauinvestitionen (Tabelle 4).

Tabelle 3: Kapitalstock und Produktionspotential - jahresdurchschnittliche Veränderung in vH -

Zeitraum	Kapitalstock	Produktionspotential
1960-1970	5,6	4,5
1970-1980	4,1	2,9
1980-1985	3,0	1,5
1985-1990	3,0	1,6

Schaubild 5 -

Erwerbspersonenpotential (ohne Ausländer) nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und nach eigenen Berechnungen - Angaben in 1000 Personen (Inländerkonzept) -



Dabei ist die erste Hälfte der siebziger Jahre die eigentliche Phase der Investitionsschwäche; die zweite Hälfte zeigt dagegen im Durchschnitt eine Stabilisierung der Investitionstätigkeit. Freilich sind die Fünfjahresdurchschnitte etwas dadurch verzerrt, daß der Kapazitätsauslastungsgrad 1975 niedriger als 1970 und 1980 war.

Tabelle 4: Investitionen in Preisen von 1976 - jahresdurchschnittliche Veränderung in vH -

Zeitraum	Anlagen	Ausrüstungen	Bauten
1960-1970	4,5	6,8	3,4
1970-1980	1,7	2,5	1,1
1970-1975	-1,3	-1,7	-1,1
1975-1980	4,7	7,0	3,3
1980-1985	-0,3	-0,2	-0,3
1985-1990	4,0	5,6	2,8

59. Entsprechend der Entwicklung des Kapitalstocks ist das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential mit abnehmendem Tempo gewachsen. Nach 4,5 vH in den sechziger Jahren ergibt sich eine jahresdurchschnittliche Zunahme von 2,9 vH für die siebziger Jahre (Tabelle 3).

60. Um die Entwicklung des Kapitalstocks und des Produktionspotentials bis zum Jahre 1990 abzuschätzen, ist es vor allem erforderlich, eine Vorstellung über die Zugänge zum Kapitalstock, die Investitionen, zu gewinnen. Einzelüberlegungen dazu sind im Abschnitt "Bruttosozialprodukt und seine Verwendung" dargestellt. Die Ergebnisse enthält Tabelle 4. Für den Kapitalstock und das Produktionspotential resultieren daraus durchschnittliche Veränderungsraten im Zeitraum 1980 bis 1990 von 3 vH bzw. 1 1/2 vH (Tabelle 3)¹.

c) Bruttosozialprodukt und Inflationsrate

61. Im Abschnitt Geldpolitik war beschrieben worden, welche Geldpolitik in den nächsten Jahren wohl zu erwarten ist. Schaubild 1 verdeutlicht die Konsequenzen der erwarteten Politik für die Geldmenge M_1 . Nach Untersuchungen von Trapp² ist die Wirkungsverzögerung zwischen Änderungen in der Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivität bzw. in der Preisentwicklung zwar in Grenzen variabel, der Lag beträgt aber in etwa drei bis vier Quartale für die wirtschaftliche Aktivität und etwa 2 1/2 Jahre für die Preisentwicklung. Insofern ist die wirtschaftliche Entwicklung bis weit in das Jahr 1983 hinein in ihren Grundzügen durch die bereits hinter uns liegende in- und ausländische Wirtschafts-, insbesondere Geldpolitik, festgelegt. Die für 1983 erwartete konjunkturelle Entwicklung ist in den Ziffern 49 bis 53 beschrieben worden.

¹ Zum methodischen Ansatz vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1977/78, Bundestagsdrucksache 8/1221 vom 22. November 1977, S. 213-214, S. 216-218. Bei der Berechnung der von Konjunkturschwankungen bereinigten Kapitalproduktivität wird ein logarithmisch-linearer Trend für die Jahre 1960 bis 1979 zugrundegelegt.

² Vgl. Trapp, Peter, Geldmenge, Ausgaben und Preisanstieg in der Bundesrepublik Deutschland, Kieler Studie, Nr. 138, Tübingen 1976, insbesondere S. 143-144.

62. Auf der Basis dieser Entwicklung und der für 1984 und danach wahrscheinlichen Geldpolitik wird die in Schaubild 6 dargestellte Preisentwicklung erwartet. Danach wird die Inflationsrate aufgrund der vom Frühjahr 1979 bis zum Frühjahr 1982 restriktiven Geldpolitik deutlich abnehmen. Nach 5,3 vH im Jahre 1982 dürfte die Inflationsrate 1983 nur noch 3 1/2 vH betragen. Im Zuge des Konjunkturaufschwungs 1984/85 wird die Inflationsrate mit der üblichen Verzögerung wohl bis auf 4 vH - zeitweise auch darüber - ansteigen und danach wieder bis auf 3 vH abnehmen. Im Durchschnitt des Jahrzehnts wird die Inflationsrate wohl knapp 4 vH betragen und damit zwar höher als in den 60er Jahren (2 1/2 vH), aber niedriger als im vergangenen Jahrzehnt (5 vH) ausfallen (Tabelle 5).

63. Grundlage dieser Einschätzung der künftigen Entwicklung des Preisniveaus ist die Hypothese, "daß eine nachhaltige Änderung der Geldmengenexpansion ceteris paribus zu einer gleichgerichteten Änderung der Inflationsrate führen wird. Diese Anpassung erfolgt erst nach einer gewissen Zeit, nachdem es über Veränderungen der relativen Preise finanzieller und realer Vermögensarten zu einer Reaktion der nominalen Güternachfrage gekommen ist"¹. Zusätzliche Einflußfaktoren (Wechselkurs und Importpreise, Mehrwertsteuersatzänderungen usw.) sind "nur insofern bedeutsam, als sie kurzfristig zu Abweichungen von einem durch die Geldpolitik vorgegebenen Trend führen können"².

64. Die erwartete Geldpolitik dürfte zusammen mit der beschriebenen Preisentwicklung dazu führen, daß es im Verlauf des Jahres 1983 zu einer konjunkturellen Besserung kommen wird. Das reale Bruttosozialprodukt dürfte 1984 stärker zunehmen als das Produktionspotential. Die angesichts steigender Inflationsraten für 1985 zu erwartenden Anfänge einer geldpolitischen Bremspolitik werden die wirtschaftliche Aktivität schwächen. Die Rezession 1986/87 dürfte freilich relativ mild ausfallen, weil die Wirtschaftspolitik wohl etwas weniger stark als in der Vergangenheit mit antizyklischer Intention betrieben werden dürfte. Im folgenden Aufschwung könnten die Wachstumsraten 3 bis 4 vH betragen (Schaubild 7). Die durchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttosozialprodukts in den 80er Jahren beliefe sich bei dieser Entwicklung aber dennoch auf weniger als 2 vH.

65. Die skizzierte gesamtwirtschaftliche Entwicklung ergibt sich bei Verwendung eines formalisierten Regressionszusammenhangs für die letzte inländische Verwendung (reales Bruttosozialprodukt abzüglich Exporte zuzüglich Importe). Dabei sind Änderungen der Expansionsrate der Geldmenge M_1 und Änderungen im Tempo des Preisniveaustiegs, gemessen am Deflator für die letzte inländische Verwendung, die erklärenden, simultan und mit Verzögerung wirkenden Variablen³. Die für wahrscheinlich gehaltene Entwicklung der Exporte und der Importe wird dann - ohne Verwendung eines Regressionsmodells - in die Analyse einbezogen, um die Entwicklung des realen Bruttosozialprodukts abzuleiten.

66. Die prognostizierte Entwicklung für das reale Bruttosozialprodukt und für den zugehörigen Deflator implizieren für das nominale Bruttosozialprodukt einen durchschnittlichen Anstieg von 5,3 vH in den achtziger Jahren, nach 8,4 vH in den sechziger Jahren und 8,2 vH in den siebziger Jahren. Angesichts der

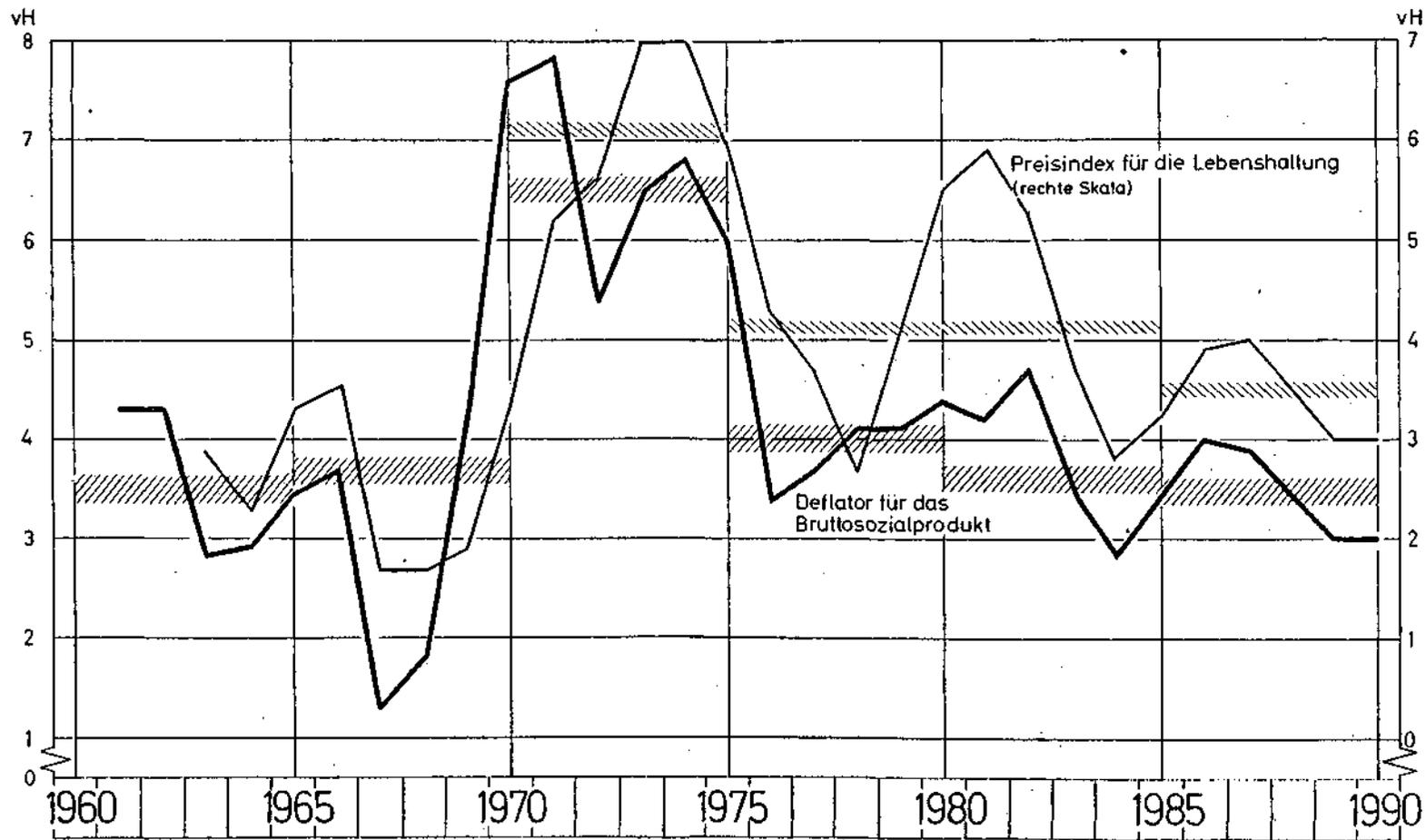
¹ Fürstenberg, Reinhard, und Scheide, Joachim, Ansätze zur Inflationsprognose. Ein Beitrag über die voraussichtliche Entwicklung in der Bundesrepublik, Kieler Arbeitspapiere, Nr. 104, Kiel, Mai 1980, S. 7-8.

² Fürstenberg, Scheide, Ansätze, a.a.O., S. 13-14.

³ Vgl. Langfeldt, Enno, Experiences in forecasting short term economic activity in the Federal Republic of Germany with a simple monetary regression model, Kredit und Kapital, voraussichtlich 16.Jg., 1983.

Preisindex für das Bruttosozialprodukt und Inflationsrate^a

- Veränderung gegenüber dem Vorjahr und im Durchschnitt von jeweils 5 Jahren (vH) -



^a Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

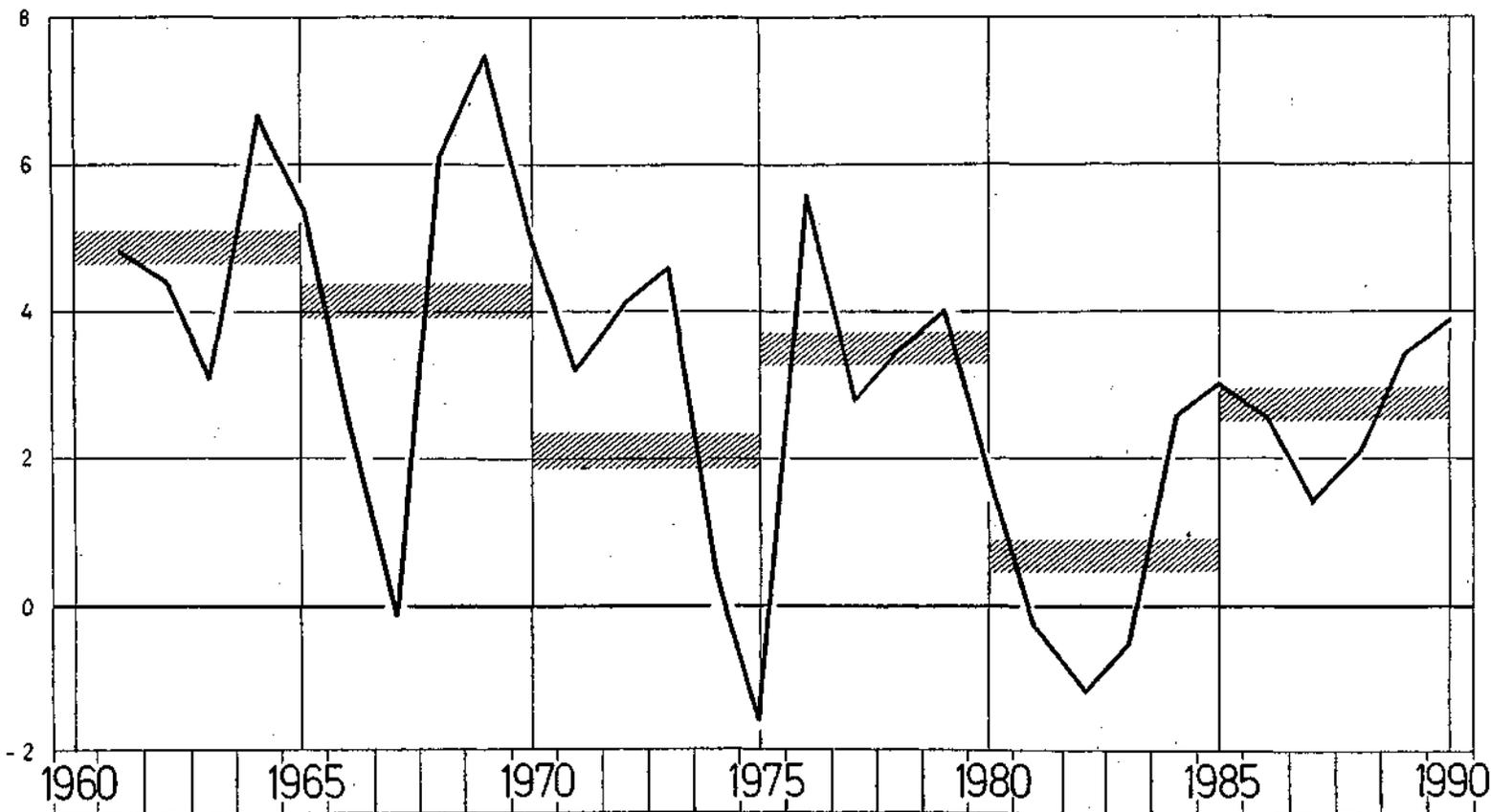
Tabelle 5 : Preisniveau, Veränderung in vH

Zeitraum	Deflator für die Inlandsnachfrage ^a	Preisindex für die Lebens- haltung	Deflator für das Brutto- sozialprodukt
1961	4,0	.	4,3
1962	4,3	.	4,3
1963	3,0	2,9	2,8
1964	2,9	2,3	2,9
1965	3,7	3,3	3,5
1966	3,4	3,5	3,7
1967	1,0	1,7	1,3
1968	2,1	1,7	1,8
1969	3,8	1,9	4,3
1970	6,7	3,3	7,6
1971	7,2	5,2	7,8
1972	5,3	5,6	5,4
1973	7,0	7,0	6,5
1974	8,2	7,0	6,8
1975	5,6	6,0	6,0
1976	3,8	4,3	3,4
1977	3,7	3,7	3,7
1978	3,5	2,7	4,1
1979	4,8	4,1	4,1
1980	6,0	5,5	4,4
1981	5,4	5,9	4,2
1982	4,3	5,3	4,7
1983	2,9	3,7	3,4
1984	3,0	2,8	2,8
1985	3,5	3,2	3,4
1986	4,0	3,9	4,0
1987	3,8	4,0	3,9
1988	3,5	3,5	3,4
1989	3,0	3,0	3,0
1990	3,0	3,0	3,0
1960-65	3,6	2,8	3,5
1965-70	3,4	2,4	3,7
1970-75	6,6	6,1	6,5
1975-80	4,4	4,1	4,0
1980-85	3,8	4,1	3,7
1985-90	3,5	3,5	3,5

^a Bruttosozialprodukt abzüglich Exporte zuzüglich Importe

Bruttosozialprodukt in Preisen von 1976

vH -Veränderung gegenüber dem Vorjahr und durchschnittliche Veränderung in einem Zeitraum von jeweils fünf Jahren (vH)-



prognostizierten Geldpolitik und der erwarteten Entwicklung des Sozialprodukts ist zu untersuchen, ob die Implikationen für die Einkommensumlaufgeschwindigkeit plausibel sind. Die Umlaufgeschwindigkeit wird *ceteris paribus* immer dann hoch sein, wenn der Nominalzinssatz hoch ist, und umgekehrt¹. Die erwartete Entwicklung des Nominalzinssatzes stützt sich auf die Hypothese einer verzögerten Anpassung an die Preisentwicklung sowie auf die Erwartung eines Realzinssatzes, der im Durchschnitt der achtziger Jahre etwas höher ist als in der Vergangenheit. Eine höhere Realrendite und ein höherer Realzinssatz sind dabei Reflex der Erwartung eines gedrückten Reallohns und der zurückgedrängten staatlichen Ansprüche an das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential. Schaubild 8 zeigt, daß die Umlaufgeschwindigkeit und der an der Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere gemessene Zinssatz tendenziell gleichgerichtet verlaufen (Tabelle 6).

d) Bruttosozialprodukt und seine Verwendung

67. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte dürften in den 80er Jahren weniger zunehmen als das Bruttosozialprodukt. Dafür spricht einmal die Erwartung, daß sich die Einkommensverteilung etwas zugunsten der Gewinn- und Zinseinkommen verschieben wird. Hinzu kommt, daß sich die Nachfrage der privaten Haushalte relativ stark auf Immobilien richten dürfte. Die steigende Zahl an Privathaushalten (Tabelle 7) und dabei eine überproportional steigende Zahl von Haushalten mit Haushaltsvorständen im Alter bis zu 50 Jahren dürften die Nachfrage nach Eigenheimen oder Eigentumswohnungen (und im übrigen auch nach Mietwohnungen mit der Konsequenz eines verstärkten Mietwohnungsbaus) steigen lassen. Außerdem werden die Qualitätsanforderungen - wenn auch im Vergleich zur Vergangenheit wohl abgeschwächt - weiter zunehmen. Schließlich dürfte die Energievertéuerung dazu führen, daß auch in den nächsten Jahren relativ hohe Investitionen der Privathaushalte mit der Absicht der Energieeinsparung oder des Einsatzes alternativer Energieträger vorgenommen werden.

68. Für die Investitionen der Unternehmen wird für den Zeitraum 1980 bis 1990 ein Anstieg um jahresdurchschnittlich 2,5 vH erwartet. Die entscheidenden Argumente für die Erholung der Investitionsneigung in den kommenden Jahren sind die erwartete Verbesserung der Ertragslage aufgrund einer relativ maßvollen Lohnpolitik der Gewerkschaften, die etwas weniger erratische Geldpolitik, die damit einhergehenden geringeren Schwankungen der Inflationsrate und die dadurch verringerte Unsicherheit der Investoren über die potentielle Rendite auf Realkapital. Schließlich werden von der Steuerpolitik in Ansätzen Maßnahmen zur Investitionsförderung erwartet, etwa durch Entlastungen bei ertragsunabhängigen und ertragsabhängigen Steuern bei gleichzeitiger Erhöhung der Mehrwertsteuer oder der speziellen Verbrauchsteuern sowie durch Verbesserungen bei den Abschreibungsregelungen.

69. Für die Bauinvestitionen resultiert aus der Aggregation über die einzelnen Sektoren (einschließlich Staat) im Zeitraum 1980 bis 1990 eine Zunahme von jahresdurchschnittlich 1 1/4 vH, für die Ausrüstungsinvestitionen wird mit einem durchschnittlichen Anstieg um knapp 3 vH eine Entwicklung erwartet, die etwas günstiger als in den siebziger Jahren, aber etwas ungünstiger als in den sechziger Jahren verläuft (Schaubild 9).

¹ Zu den Determinanten der Geldnachfrage vgl. Lehment, Harmen, und Langfeldt, Enno, Welche Bedeutung haben "Sonderfaktoren" für die Erklärung der Geldnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland? Weltwirtschaftliches Archiv, Band 116, 1980, Heft 4, S. 669-684.

Einkommensumlaufgeschwindigkeit und Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere

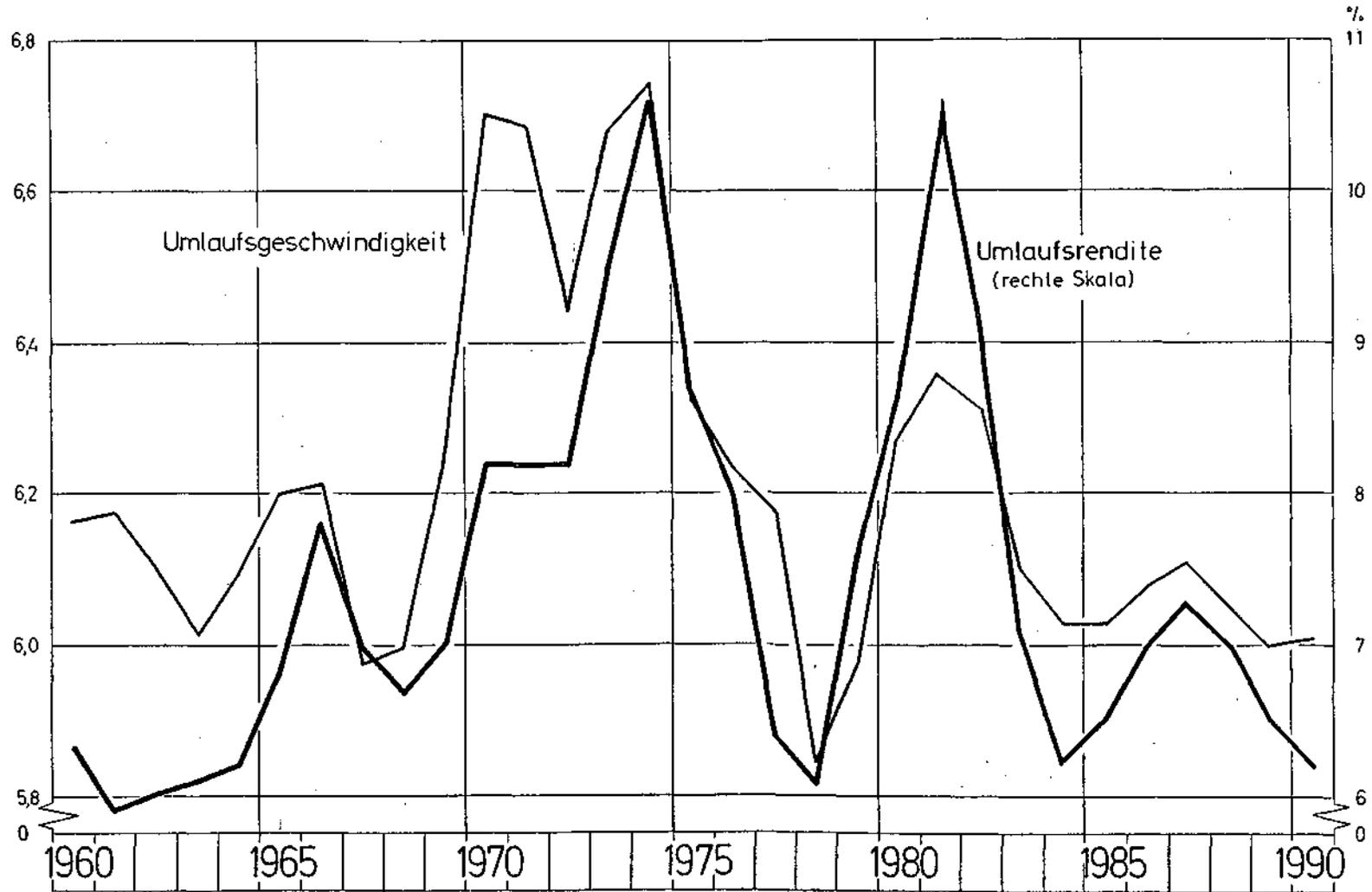


Tabelle 6 : Einkommensumlaufgeschwindigkeit und Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere

Zeitraum	Umlaufgeschwindigkeit ^a	Rendite in %
1960	6,16	6,3
1961	6,18	5,9
1962	6,11	6,0
1963	6,02	6,1
1964	6,10	6,2
1965	6,20	6,8
1966	6,21	7,8
1967	5,98	7,0
1968	5,98	6,7
1969	6,25	7,0
1970	6,70	8,2
1971	6,69	8,2
1972	6,45	8,2
1973	6,68	9,5
1974	6,73	10,6
1975	6,28	8,7
1976	6,22	8,0
1977	6,16	6,4
1978	5,84	6,1
1979	5,98	7,6
1980	6,27	8,6
1981	6,36	10,6
1982	6,31	9,1
1983	6,10	7,1
1984	6,03	6,2
1985	6,03	6,5
1986	6,08	7,0
1987	6,11	7,3
1988	6,05	7,0
1989	6,00	6,5
1990	6,01	6,2
1960-1965	6,13	6,2
1965-1970	6,22	7,3
1970-1975	6,59	8,9
1975-1980	6,13	7,6
1980-1985	6,18	8,0
1985-1990	6,05	6,8
1960-1970	6,17	6,7
1970-1980	6,36	8,2
1980-1990	6,12	7,5

^aNominales Bruttosozialprodukt (abzüglich nominaler Außenbeitrag) im Verhältnis zur Geldmenge M_1 .

Tabelle 7: Privathaushalte mit deutschem Haushaltsvorstand nach dem Alter des Haushaltsvorstands und der Haushaltsgröße

Alter	Jahr				
	1961	1970	1980	1985	1990
	Anteile in vH				
unter 30 Jahre	10.8	12.3	12.6	14.5	15.6
30 bis 40 Jahre	17.7	19.8	16.4	15.4	17.2
40 bis 50 Jahre	17.4	18.1	19.2	19.7	16.6
50 bis 60 Jahre	24.0	16.5	17.1	15.6	16.3
60 Jahre oder älter	30.1	33.3	34.7	34.7	34.3
Zusammen	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
unter 50 Jahre	45.9	50.2	48.2	49.6	49.4
	1000				
Einzelpersonenhaushalte	4005	5544	6938	7691	8473
Mehrpersonenhaushalte	15443	16466	15935	15610	15276
Zusammen	19448	22009	22873	23301	23749

Quelle für die Grundzahlen: Statistisches Bundesamt, Hrsg., Wirtschaft und Statistik, Heft 9, 1979, S. 649 - 651

70. Die entscheidenden Bestimmungsfaktoren für die deutschen Exporte sind die Konjunktorentwicklung im Ausland und Änderungen der (relativen) Wettbewerbsposition. Hinzu kommen Einflüsse auf die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung z.B. aufgrund von tarifären und nichttarifären Maßnahmen. Die erwartete Entwicklung des Welthandels, die erwartete Konstanz des realen Wechselkurses und ein - im Vergleich zur Vergangenheit - weniger stark zunehmender Integrationsgrad (auch wegen des Aufkommens neuer protektionistischer Tendenzen im Verlauf der gegenwärtigen Weltrezession) dürften in den achtziger Jahren zu einer jahresdurchschnittlichen Zunahme des Exports um nur noch rd. 4 vH führen (Schaubild 10). Prinzipiell ähnliche Überlegungen gelten für die Einfuhr (Schaubild 10). Als Indikator für die Nachfrage nach Einfuhren wird dabei die letzte Verwendung von Gütern herangezogen, also das Bruttosozialprodukt zuzüglich der Importe.

71. Wichtige Ergebnisse zum Bruttosozialprodukt und seiner Struktur sind in Tabelle 8 zusammengefaßt.

e) Beschäftigung und Produktivität

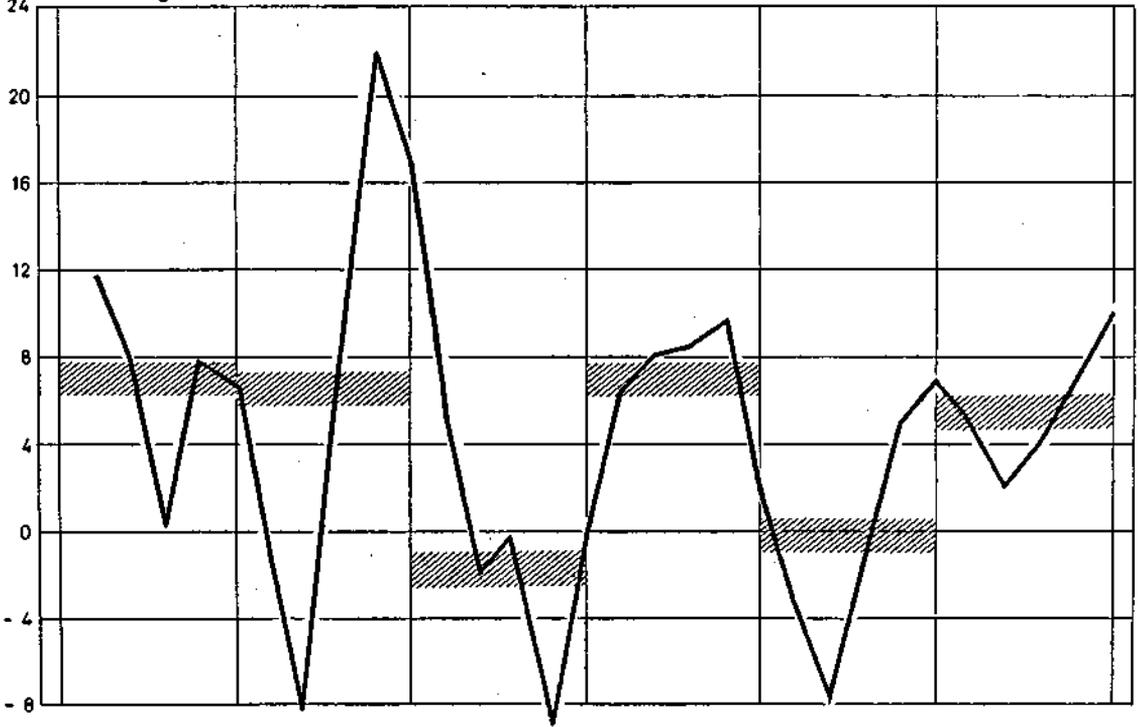
72. Die Perspektiven für den Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren sind insgesamt relativ düster. Bei dem für wahrscheinlich gehaltenen wirtschaftspolitischen Kurs und der für begrenzt gehaltenen Bereitschaft der Tarifpartner, durch Reallohnzurückhaltung der Beschäftigungssituation Rechnung zu tragen,

Schaubild 9 -

Ausrüstungs- und Bauinvestitionen in Preisen von 1976

Veränderung gegenüber dem Vorjahr und im Durchschnitt von jeweils fünf Jahren (in vH)

vH Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen

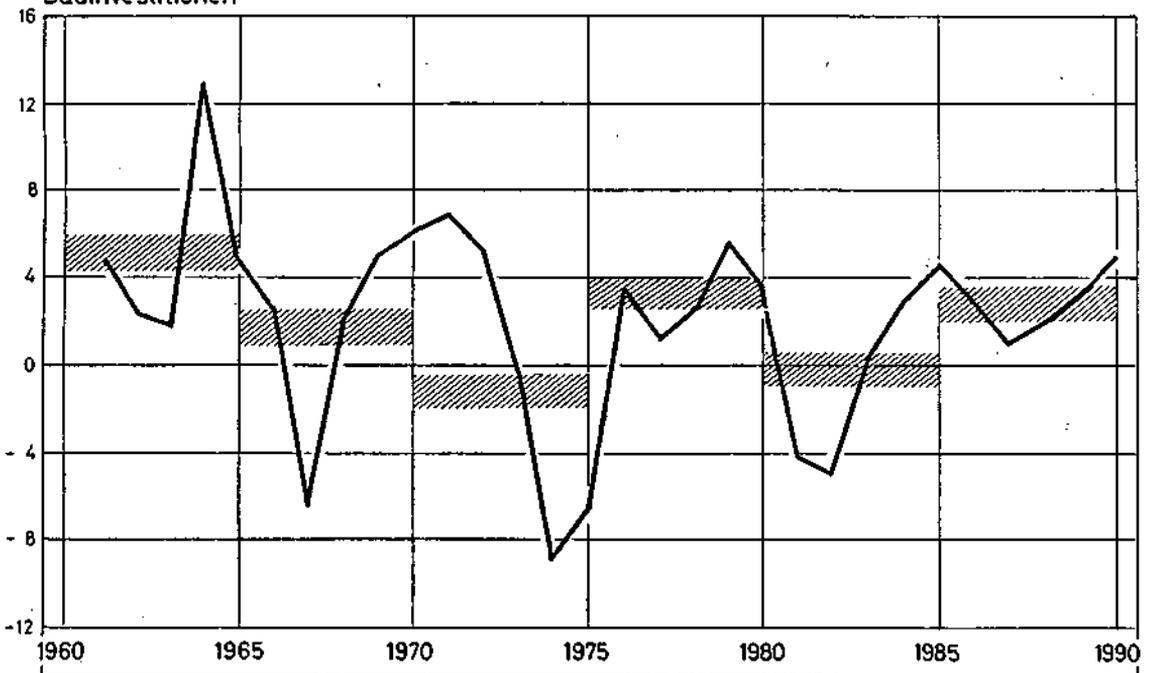


Schaubild 10 -

Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in Preisen von 1976

Veränderung gegenüber dem Vorjahr und im Durchschnitt von jeweils fünf Jahren (in vH)

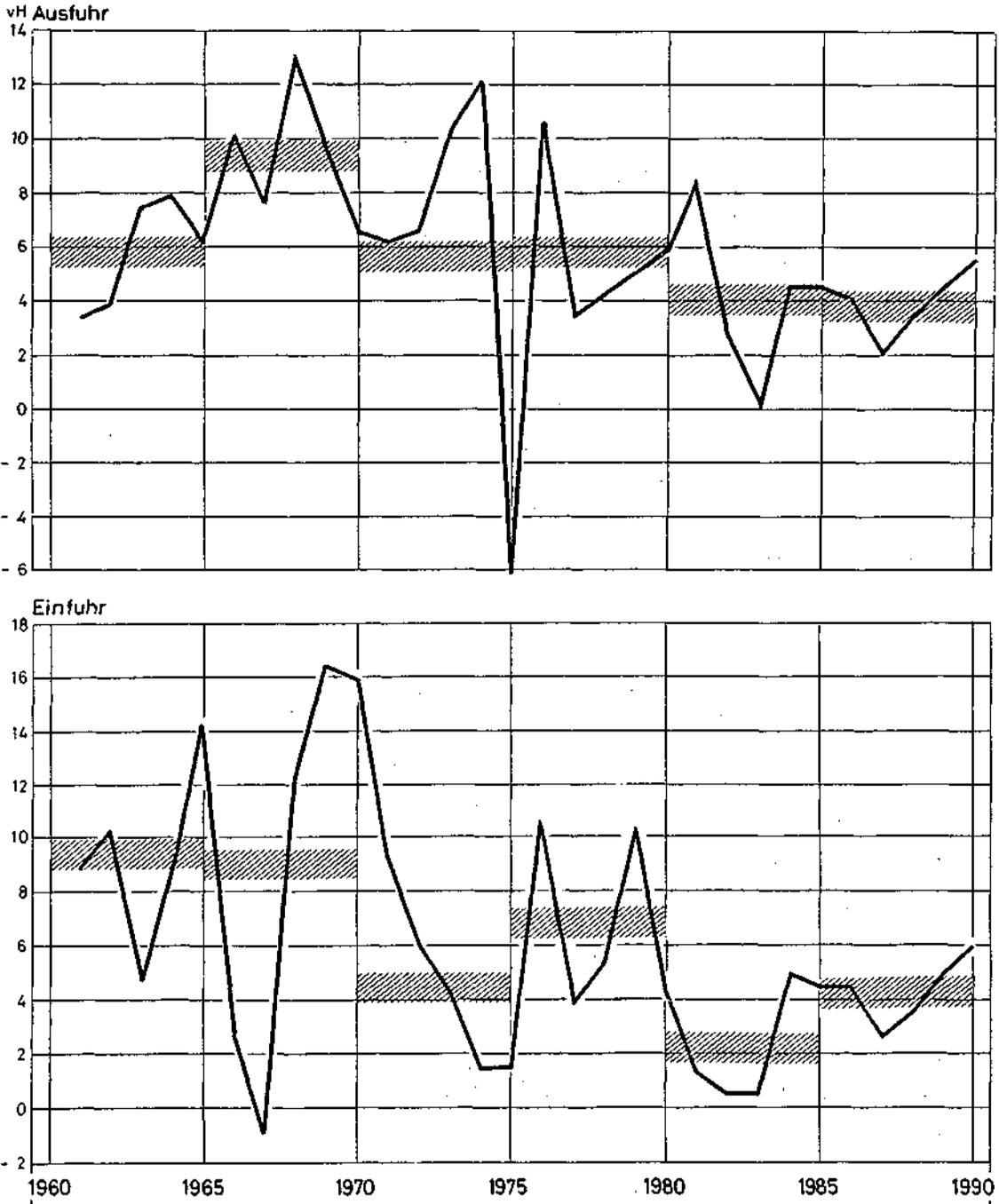


Tabelle 8 - Reales Bruttosozialprodukt (in Preisen von 1976) und seine Komponenten - Veränderung in vH -

Zeitraum	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Ausrüstungs-investitionen	Bau-investitionen	Exporte	Importe	Bruttosozialprodukt
1961	6.0	6.2	11.7	4.7	3.4	8.8	4.8
1962	5.5	9.4	7.8	2.4	3.9	10.2	4.4
1963	2.8	6.1	0.4	1.8	7.4	4.7	3.1
1964	5.3	1.7	7.8	12.9	7.9	9.3	6.6
1965	6.9	4.9	7.6	3.5	6.2	14.2	5.4
1966	3.1	3.1	-1.5	2.5	10.0	2.7	2.6
1967	1.1	3.6	-8.2	-6.3	7.7	-0.8	-0.1
1968	4.7	0.4	7.1	2.1	12.9	12.2	6.1
1969	7.8	4.4	22.1	5.0	9.6	16.3	7.5
1970	7.6	4.4	16.7	6.1	6.5	15.8	5.0
1971	5.2	5.2	5.2	6.8	6.2	9.3	3.2
1972	4.6	4.2	-1.9	5.2	6.5	6.0	4.1
1973	2.4	5.0	-0.2	-0.2	10.2	4.1	4.6
1974	0.4	4.1	-10.8	-8.9	12.0	1.4	0.5
1975	3.5	3.9	-0.1	-7.5	-6.1	1.5	-1.6
1976	3.8	1.6	6.5	3.5	10.5	10.5	5.6
1977	3.7	0.9	8.1	1.2	3.5	3.9	2.8
1978	3.6	3.9	8.3	2.6	4.2	5.3	3.5
1979	3.1	3.5	9.6	5.6	4.9	10.2	4.0
1980	1.5	2.8	2.5	3.7	5.8	4.4	1.8
1981	-1.2	2.0	-3.4	-4.2	8.5	1.2	-0.2
1982	-2.2	0.1	-8.0	-4.9	2.7	0.5	-1.2
1983	-1.0	-0.1	-1.0	0.5	0.0	0.5	-0.5
1984	1.8	1.4	5.0	3.0	4.5	5.0	2.6
1985	2.2	2.0	7.0	4.5	4.5	4.5	3.0
1986	2.3	2.0	5.0	3.0	4.0	4.5	2.6
1987	1.9	1.7	2.0	1.0	2.0	2.5	1.4
1988	1.7	1.5	4.0	2.0	3.5	3.5	2.1
1989	2.9	1.8	7.0	3.0	4.5	5.0	3.4
1990	3.1	2.0	10.0	5.0	5.5	6.0	3.9
1960-65	5.3	5.6	7.0	5.0	5.8	9.4	4.9
1965-70	4.8	3.2	6.6	1.8	9.3	9.0	4.2
1970-75	3.2	4.5	-1.7	-1.1	5.6	4.4	2.1
1975-80	3.2	2.5	7.0	3.3	5.7	6.8	3.5
1980-85	-0.1	1.1	-0.2	-0.3	4.0	2.3	0.7
1985-90	2.4	1.8	5.6	2.8	3.9	4.3	2.7

dürfte die Arbeitskräftenachfrage - bei konjunkturellen Schwankungen - insgesamt nur wenig steigen. Wenn auch der vom Arbeitskräfteangebot ausgehende Druck auf die Reallöhne die Erwerbsneigung etwas verringern wird, so ist in den nächsten Jahren wegen des steigenden Arbeitskräfteangebots bei begrenzter Flexibilität des Reallohns eine noch höhere Arbeitslosigkeit als in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wahrscheinlich. Erst gegen Ende des Jahrzehnts dürfte die Arbeitslosenzahl wieder weniger als 2 Millionen betragen. Die Arbeitslosenquote, gemessen an der Zahl der Arbeitslosen im Verhältnis zu den Erwerbspersonen (einschließlich Selbständige), wird im Durchschnitt der achtziger Jahre bei den gegebenen institutionellen Arbeitsmarktbedingungen und bei der erwarteten Wirtschaftspolitik, die keineswegs als optimal zur Lösung des Arbeitslosenproblems zu bewerten ist, wohl mehr als 8 vH betragen, nach 2 1/2 vH in den siebziger Jahren und weniger als 1 vH in den sechziger Jahren.

73. Von großer Bedeutung für die abgeleiteten Arbeitsmarktergebnisse sind die Erwartungen über die künftige Produktivitätsentwicklung, insbesondere die Erwartung, daß die Zunahme der Arbeitsproduktivität in den achtziger Jahren weiter abflachen wird. In den sechziger Jahren hatte die Produktivität je Erwerbstätigen um durchschnittlich 4,5 vH zugenommen, in den siebziger Jahren um rd. 3 vH (Schaubild 11). Zu dem verlangsamten Produktivitätsanstieg haben viele Faktoren beigetragen.

74. Von großer Bedeutung war wohl die in den siebziger Jahren abgeschwächte Zunahme des Kapitalstocks¹. Dazu mag die Verdrängung privater Investoren durch staatliche Kreditnachfrage (nicht nur für investive Zwecke) beigetragen haben. Auch dürfte die relative Energieverteuerung arbeitsintensive Produktionsprozesse begünstigt und den Kapitaleinsatz gebremst haben². Schließlich ist wohl die Inflation ein wichtiges Hemmnis für die Kapitalbildung gewesen. Zum einen hat sich wohl das Zusammenspiel von Inflation und nicht-indexiertem Steuersystem negativ auf die Produktivitätsentwicklung ausgewirkt (Besteuerung von Scheingewinnen, Lähmung der Leistungsbereitschaft durch inflationsbedingt hohe marginale Steuersätze). Zum anderen haben stärkere Schwankungen der Inflationsrate bei höherem Niveau in den siebziger Jahren tendenziell die Unsicherheit über die künftige Inflationsrate vergrößert mit der Folge, daß die Investoren die Nettoerträge von potentiellen Investitionsobjekten als risikoreicher beurteilten und die Investitionsneigung beeinträchtigt wurde.

75. Zu der verlangsamten Zunahme der Arbeitsproduktivität in den siebziger Jahren haben neben der abgeschwächten Ausweitung des Kapitalstocks auch relativ geringe Aufwendungen für Forschung und Entwicklung beigetragen. "In den sechziger Jahren ist der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen am Bruttosozialprodukt laufend gestiegen. Das gilt sowohl für die Aufwendungen der Wirtschaft als auch für die Aufwendungen insgesamt³... Das Jahr 1971 stellt einen Höhepunkt der Forschungsaktivitäten dar". Der

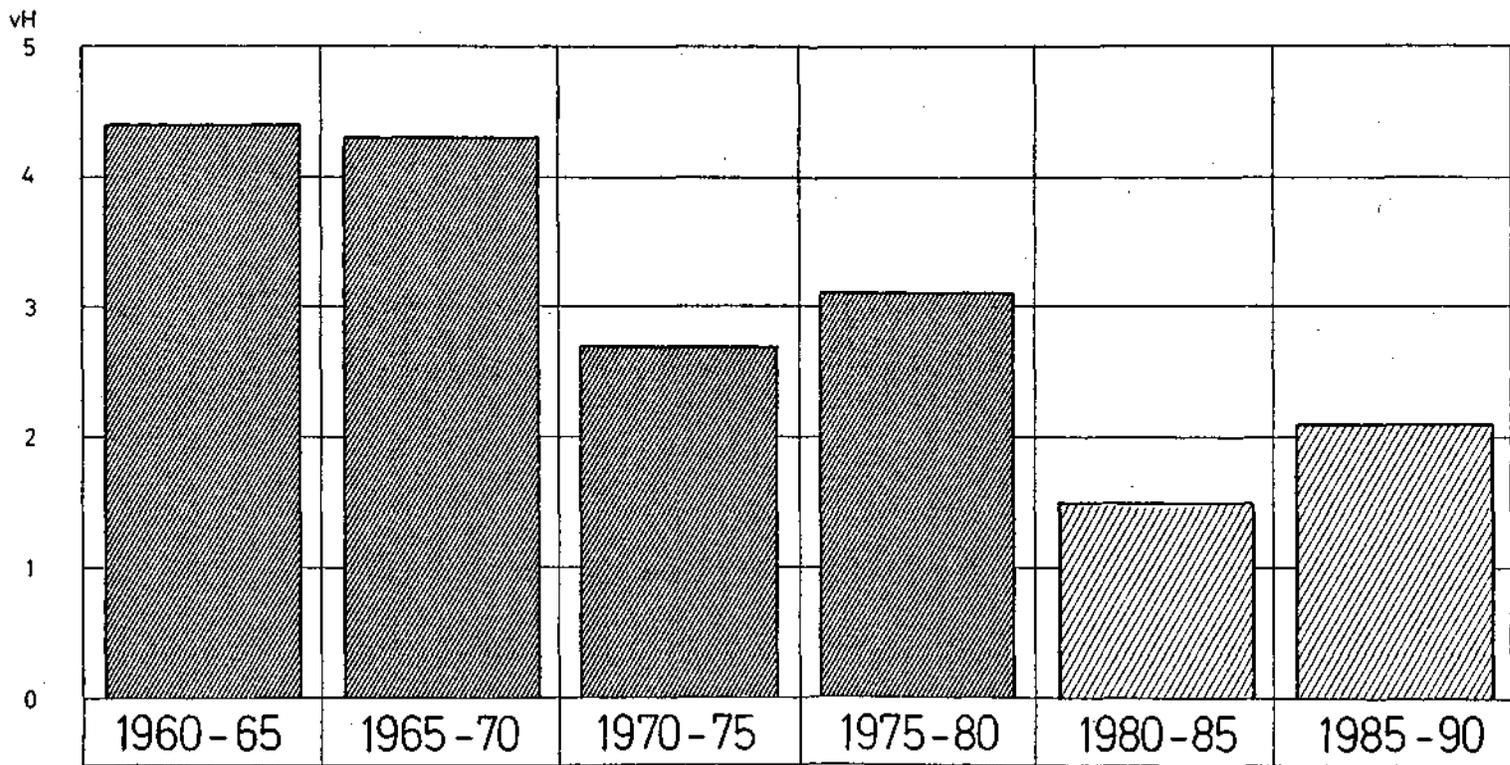
¹ Dabei mag die statistisch ausgewiesene Zunahme wegen der Energieverteuerung und ihrer Folgen sogar noch überzeichnet sein. In die gleiche Richtung wirken die zusätzlichen Investitionsaktivitäten für Zwecke des Umweltschutzes oder höhere Ausgaben der Unternehmen zur Vermeidung von Unfällen am Arbeitsplatz oder zur "Humanisierung des Arbeitslebens"; dies bedeutet freilich nur eine Abflachung in der Zunahme der Produktivität, wie sie üblicherweise gemessen wird, nicht aber oder nur in geringerem Maße einen verlangsamten Anstieg des Einkommens in einem umfassenderen Sinne.

² Zur theoretischen Basis des Arguments vgl. Tatom, John A., Energy prices and capital formation, Natural Resources Journal, October 1978, S. 877-897.

³ Fels, Gerhard, Schmidt, Klaus-Dieter, Strukturwandel, a.a.O., S. 65-67.

Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976 je Erwerbstätigen

- Durchschnittliche Veränderung im Mehr-Jahres-Durchschnitt (vH) -



verlangsamte Anstieg der Forschungsaktivitäten in den siebziger Jahren beruht u.a. darauf, "daß der Aufholprozeß gegenüber anderen Industrieländern wohl kaum noch eine Rolle gespielt hat. Insofern ist die Abflachung im Anstieg der Forschungsintensität auch als Rückkehr zu einem "normalen" Entwicklungspfad anzusehen. Ein ähnlicher Schub wie in den sechziger Jahren ist damit für die Zukunft kaum zu erwarten"¹.

76. Inwieweit zusätzliche staatliche Reglementierungen die Privaten zu Mehrarbeit gezwungen haben und damit den Produktivitätsanstieg behindert haben, ist kaum festzustellen. Das Gleiche gilt für qualitative Änderungen im Angebot von Arbeitskräften, etwa die in den siebziger Jahren zunehmende Eingliederung von Frauen in den Produktionsprozeß².

77. Daß die Abflachung des Produktivitätsanstiegs in den siebziger Jahren nicht noch stärker war, beruht darauf, daß infolge nachhaltig starken Lohndrucks marginale Arbeitsplätze ausgegliedert worden sind. Die durchschnittliche Arbeitsproduktivität, wie sie statistisch gemessen wird, fiel deshalb im Vergleich zu den 60er Jahren noch relativ hoch aus, weil Arbeitskräfte mit geringer Produktivität als Folge der kräftigen Realloohnerhöhungen der 70er Jahre arbeitslos geworden sind, ihre Produktivität also nicht mehr in den Statistiken erscheint.

78. Zwar ist Pessimismus hinsichtlich der künftigen Produktivitätsentwicklung nicht angebracht, vielmehr dürfte das Produktivitätspotential nach wie vor beträchtlich sein³, aber die Bereitschaft der Gesellschaft, technologische Veränderungen und ihre Auswirkungen zu akzeptieren, scheint abzunehmen. Auch werden viele den Produktivitätszuwachs dämpfende Faktoren, die für die siebziger Jahre von Einfluß waren, auch in den nächsten Jahren eine Rolle spielen. Dem stehen freilich positive Einflüsse gegenüber. So ist z.B. eine - freilich begrenzte - positive Wirkung auf die Kapitalbildung und die künftige Produktivitätsentwicklung wahrscheinlich, wenn die monetäre Expansion - wie erwartet - in den achtziger Jahren etwas weniger erratisch als in den siebziger Jahren verläuft und wenn daher das Niveau und die Variabilität der Inflationsrate geringer ausfallen und die Risikoprämie im Investitionskalkül der Investoren abnimmt. Insgesamt wird für die achtziger Jahre ein Produktivitätsanstieg je Erwerbstätigen um durchschnittlich knapp 2 vH erwartet; dabei kommt es nach einer Rate von 1,5 vH in der ersten Hälfte des Jahrzehnts zu einer etwas günstigeren Entwicklung gegen Ende der 80er Jahre (Schaubild 11).

79. Konkrete Ergebnisse für den Arbeitsmarkt sind in Tabelle 9 dargestellt. Schaubild 12 veranschaulicht die Entwicklung der Erwerbstätigen- und der Arbeitslosenzahl.

80. Die aus der beschriebenen Entwicklung resultierende Unterauslastung der Produktionsfaktoren ist in Schaubild 13 dargestellt. Dabei lassen sich drei verschiedene Perioden unterscheiden: die Jahre 1960-1973, die Periode 1975 bis 1980 und der Zeitraum 1982 bis 1990. Die Jahre 1974 und 1981 lassen sich nicht eindeutig einordnen, sie sind Phasen des Übergangs. Die drei Zeiträume unterscheiden sich dadurch, daß das Niveau der erweiterten Arbeitslosenquote bei "Normalauslastung" im Zeitablauf immer größer geworden ist bzw. wird. Man mag dies so interpretieren, daß die "natürliche" Arbeitslosenquote von 1 vH auf 4 vH in dem Zeitraum 1975 bis 1980 gestiegen ist; sie dürfte in den achtziger Jahren nochmals, nämlich auf 8 1/2 vH, zunehmen.

¹ Vgl. Fels, Gerhard, Schmidt, Klaus-Dieter, Strukturwandel, a.a.O., S. 67.

² Vgl. hierzu Deutsche Bundesbank, Der Produktivitätsfortschritt in der Bundesrepublik und seine Bestimmungsfaktoren, Monatsbericht, Januar 1980, S. 11-17, hier: S. 14.

³ Vgl. Schmidt, Klaus-Dieter, Das Produktivitätspotential der deutschen Wirtschaft, Die Weltwirtschaft, 1981, Heft 1, S. 56-73.

Tabelle 9 : Wohnbevölkerung, Arbeitskräftepotential, Erwerbstätige und Arbeitslose 1970-1990 (Angaben in 1000)

Jahr	Wohnbevölkerung	Arbeitskräftepotential ^{a,b}	Erwerbstätige ^a	Arbeitslose	Stille Reserve ^c
1970	60 651	26 817	26 668	149	0
1971	61 284	27 002	26 817	185	0
1972	61 672	27 048	26 744	246	58
1973	61 976	27 141	26 922	273	-54
1974	62 054	27 003	26 565	582	-144
1975	61 829	26 882	25 810	1 074	-2
1976	61 531	26 730	25 591	1 060	79
1977	61 400	26 754	25 547	1 030	177
1978	61 327	26 902	25 699	993	210
1979	61 359	27 241	26 039	876	326
1980	61 567	27 545	26 276	889	380
1981	61 682	27 754	26 083	1 272	399
1982	61 604	27 955	25 593	1 833	529
1983	61 496	28 171	25 108	2 380	683
1984	61 393	28 357	25 258	2 410	689
1985	61 295	28 499	25 460	2 370	669
1986	61 202	28 595	25 612	2 300	683
1987	61 110	28 661	25 535	2 430	696
1988	61 018	28 724	25 611	2 390	723
1989	60 928	28 736	25 893	2 170	673
1990	60 836	28 627	26 229	1 800	598

^aInländerkonzept. - ^bDaten für die Jahre bis 1974 gemäß Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Daten ab 1975 gemäß eigenen Berechnungen. - ^cAls Restgröße errechnet; daher nur grober Indikator für die "stille Reserve".

Schaubild 12 -

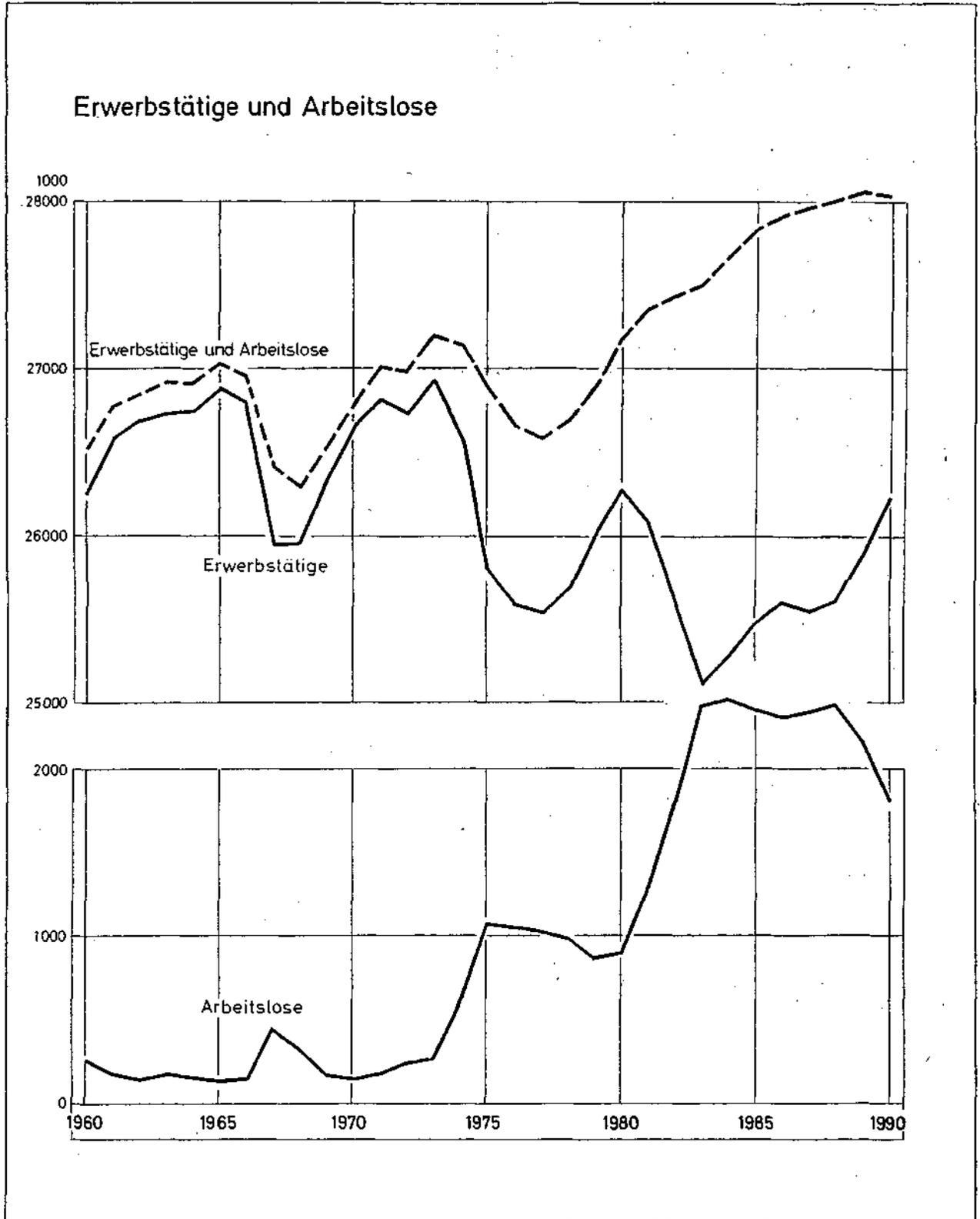
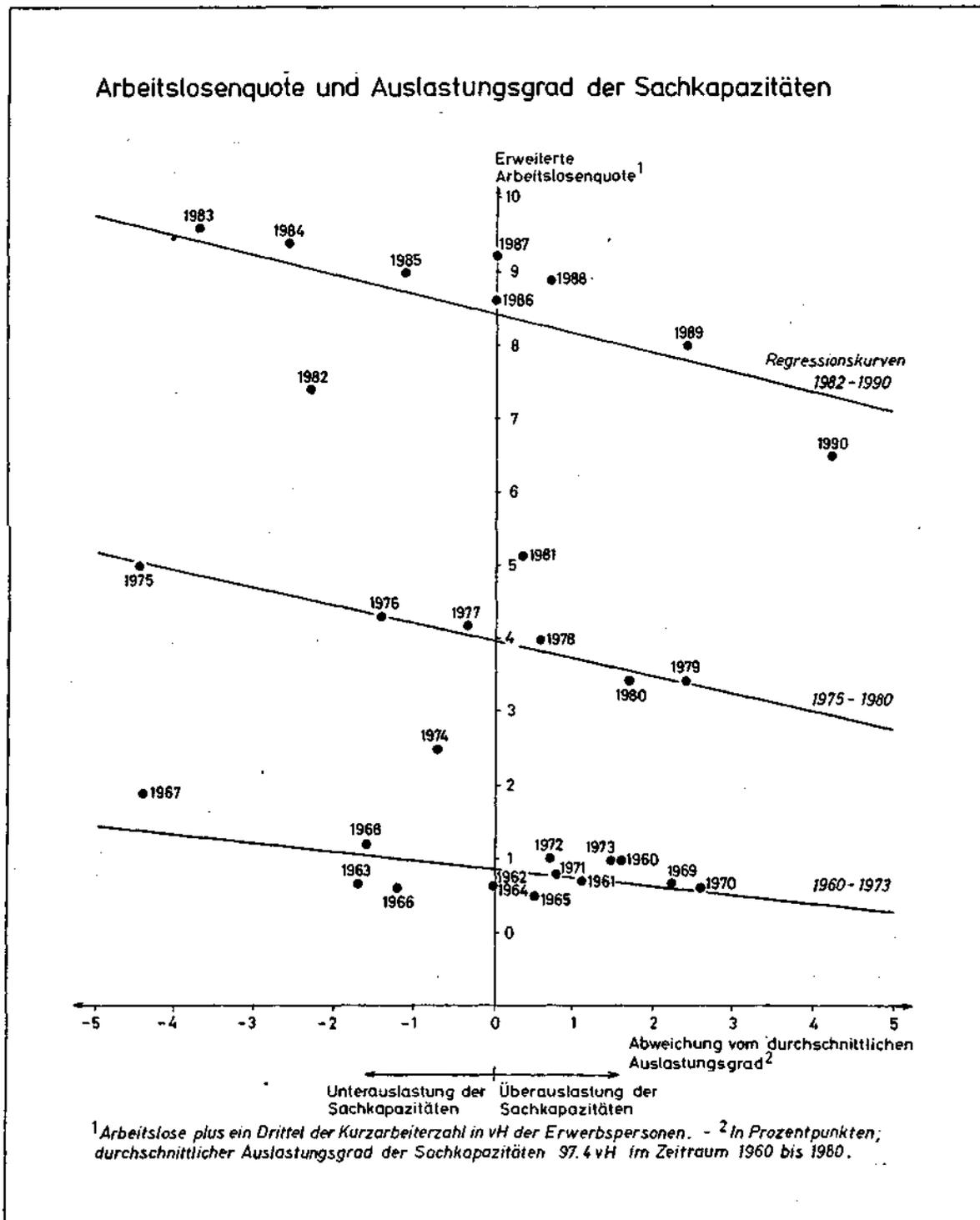


Schaubild 13 -



f) Einkommensverteilung

81. Der Reallohnanstieg je Beschäftigten schwächte sich von 5,6 vH in den 60er Jahren auf 3,2 vH in den 70er Jahren ab; die Vergleichswerte für den Nominallohn betragen 8,6 vH und 8,5 vH. Der Ertrag auf den Einsatz von Kapital ist von 8,5 vH im Jahre 1960 auf knapp 4,5 vH im Jahre 1980 trendmäßig gesunken; dabei wird die Kapitalrendite nach dem vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verwendeten Verfahren¹ gemessen. Dieses Resultat steht - bei aller zu vermutenden Ungenauigkeit der verwendeten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung - in deutlichem Kontrast zu vergleichbaren Resultaten für die USA. Dort ist der Ertragsatz für Kapital in den letzten 20 Jahren weitgehend konstant geblieben².

82. Die (um Änderungen der Erwerbstätigenstruktur bereinigte) Lohnquote ist von 66 bis 68 vH in den sechziger Jahren auf 69 bis 71 vH in den siebziger Jahren gestiegen (Schaubild 14). Zwar nahm die Lohnquote nach dem rezessionsbedingten Höchststand der Jahre 1974/75 deutlich ab, in der Rezession der Jahre 1981/82 hat sie aber diesen Höchststand fast wieder erreicht.

83. Für die nächsten Jahre wird erwartet, daß die Lohnquote - bei ähnlichen zyklischen Schwankungen wie in der Vergangenheit - etwas abnimmt. Gegen Ende des Jahrzehnts könnte sie etwa das Niveau der Jahre 1970/71 erreicht haben. Die Kapitalrendite wird bei der erwarteten Entwicklung wieder etwas zunehmen. Der Reallohn dürfte jahresdurchschnittlich um etwa 1 vH zunehmen.

84. Mißt man den Realzins an der Differenz zwischen der Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere und dem Preisanstieg desselben Jahres bzw. - alternativ - dem durchschnittlichen Preisanstieg im laufenden und im vorhergehenden Jahr, so erhält man für die sechziger Jahre jeweils etwa 4 vH und für die siebziger Jahre etwa 3 vH. Die skizzierte Entwicklung im laufenden Jahrzehnt impliziert einen Realzins, der etwas höher ausfällt als in den siebziger Jahren.

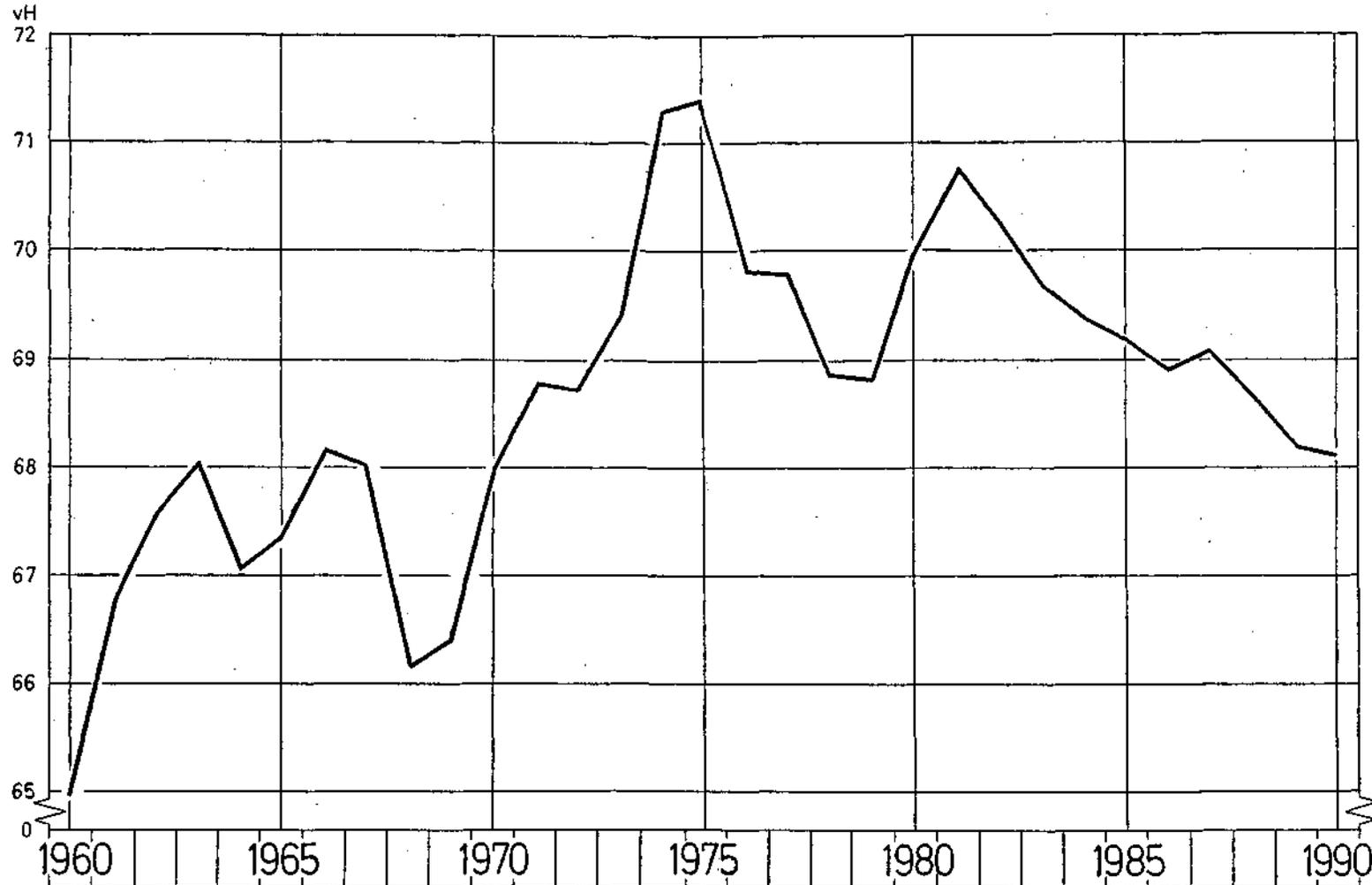
E. Abschließende Bemerkungen

85. Kommt es zu der erwarteten Wirtschaftspolitik und gelten die von den Autoren verwendeten Hypothesen in etwa auch in den achtziger Jahren, so wird die Entwicklung wie skizziert verlaufen. Das Ergebnis mag ernüchternd sein. Zu beachten ist aber, daß das reale Bruttosozialprodukt je Einwohner bis 1984 zwar abnehmen wird, daß aber für die achtziger Jahre insgesamt eine Zunahme um knapp 2 vH erwartet wird. Dies bedeutet gegenüber den 70er Jahren (2,7 vH) eine nur wenig ungünstigere Entwicklung und gegenüber den 60er

¹ Vgl. Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 1973 bis 1976. Zur Kritik an diesem Verfahren vgl. Holzheu, Franz, und Lepping, Bernd, Risiko-, Gewinn- und Finanzstrukturentwicklung: Anmerkungen zu den Diagnosen des Sachverständigenrats, Finanzarchiv, N.F. Band 39, Heft 1, S. 79-98.

² Vgl. Feldstein, Martin, und Summers, Lawrence, Is the Rate of Profit Falling? Brookings Papers on Economic Activity 1977, Heft 1, S. 211-228. In methodischer Hinsicht sind die von Feldstein und Summers errechneten Nettoertragsätze vor Steuern den hier berechneten Ertragsraten gleich: Sie ignorieren Änderungen im Wert des Realkapitals, die auftreten, wenn sich die Marktpreise für Investitionsgüter anders als die Konsumgüterpreise entwickeln.

Lohnquote^a



^aBereinigt um Änderungen der Erwerbstätigenstruktur (Basis 1970).

Jahren (3,6 vH) eine "Verschlechterung" um gut 1 1/2 Prozentpunkte. Zu beachten ist ferner, daß die Entwicklung der 80er Jahre natürlich durch entsprechende wirtschaftspolitische Entscheidungen und durch Änderungen in den Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte prinzipiell günstiger gestaltet werden könnte. Dies gilt zwar nur wenig für die Entwicklung bis 1984, aber in erheblichem Maße für die Zeit danach. Welche Wirtschaftspolitik und welche Verhaltensweisen insbesondere der Tarifpartner eine günstigere Entwicklung herbeiführen könnten, ist nicht Gegenstand dieser Analyse einer wahrscheinlichen Entwicklung¹.

¹ Hinsichtlich der Aufgabenverteilung bei einer effizienten Wirtschaftspolitik vgl. Fels, Gerhard, et.al., Neue Rollenverteilung in der Konjunkturpolitik, Die Weltwirtschaft, Tübingen 1971, Heft 1, S. 5-8.